

Solidarische (Reproduktions-)Ökonomie als Facette des Commoning

Wolfgang Fabricius
www.reproduktionsökonomie.de

SOAK-2013 Hamburg
Hamburg, den 24.-28. Juli 2013

Inhaltsübersicht

1. Definitionen
2. Anticommoning
3. Commoning/eCommony
4. Beispiele

Internationaler Gerichtshof für das Gemeingut Erde

*„Das höchste, universelle
Gemeinschaftsgut*

. . . ist die Erde . . .

*Sie gehört all jenen, die sie
bewohnen und der Gesamtheit der
Ökosysteme.“*

**d'Escoto Brockmann und Leonardo Boff
(d: Silke Helfrich)**

Commens

Commons, gemeinsam genutzte und gepflegte Ressourcen, lassen sich in **natürliche und vom Menschen geschaffene Ressourcen** unterteilen.

1. **Natürliche Ressourcen** (Boden, Wasser, Luft) sind materielle Ressourcen und werden nach Garrett Hardin als **Vorratskammer** und als **Abfallgrube** genutzt und gepflegt bzw. missbraucht.
2. **Von Menschen geschaffene Ressourcen** können in **materielle und immaterielle Ressourcen** aufgeteilt werden.
 - a) Zu den **materiellen Ressourcen** zählen beispielsweise Wohnungen, Bauernhöfe, Industrieanlagen, Büros, Fahrzeuge, Verkehrswege, Deiche, Chemikalien, Computer, Internet, Waffen etc.
 - b) Die **immateriellen Ressourcen** umfassen z.B. Software,
5 Wissen, Musik, Literatur, Kunst etc.

Commoners, Commoning

Als Commoners werden u.a. Bürger bezeichnet, die die Commons gemeinschaftlich möglichst sparsam nutzen und nachhaltig pflegen bzw. versuchen Commons der gemeinschaftlichen Nutzung wieder zuzuführen. Sie beziehen bewusst ihr Einkommen ausschließlich über ihren Arbeitsertrag.

Die Gegenkräfte, die „Anticommoners“, versuchen, Commons der gemeinschaftlichen Nutzung und Pflege zu entziehen und wollen somit Eigentum erwerben, um ihr Einkommen möglichst vollkommen über den Kapitalertrag zu beziehen.

Der Begriff **Commoning** orientiert sich im wesentlichen daran, was **Elinor Ostrom** mit „**Governing the Commons**“, also Verwaltung der Commons über entsprechende

6 Entscheidungenstrukturen, bezeichnet.

2. Facetten des Anticommoning

- 2.1. Privatisierung der Gemeingüter
- 2.2. Wachstum der Menschheit
- 2.3. Trennung der Produktion von der Reproduktion
- 2.4. Bedarfsweckung statt Bedarfsdeckung
- 2.5. Kapitalertrag statt Arbeitsertrag
(Profitmaximierung/Sharholder Value)
- 2.6. Primat der Ökonomie über die Politik

2.1. Beginn der „Privatisierung“

Als die Menschen noch Jäger und Sammler waren, gehörte ihnen, den Tieren und den Pflanzen der gesamte Erdball als Gemeingut noch gemeinsam.

Mit der Sesshaftigkeit fing der Mensch an, erste Teile dieses Gemeingutes der freien Verfügbarkeit aller zu entziehen, sie zu rauben, zu „privatisieren“.

Er zäunte, um „wilde“ Tiere und nicht zum Klan gehörende Mitmenschen fernzuhalten, sein Grundstück ein und entfernte die unliebsamen Pflanzen.

Heute sind die Gemeingüter strategische Kapitalanlage und die Kapitaleigner privatisieren solange, bis ihnen alles gehört (s. z.B. Landgrabbing).

2.2. Das Wachstum der Menschheit

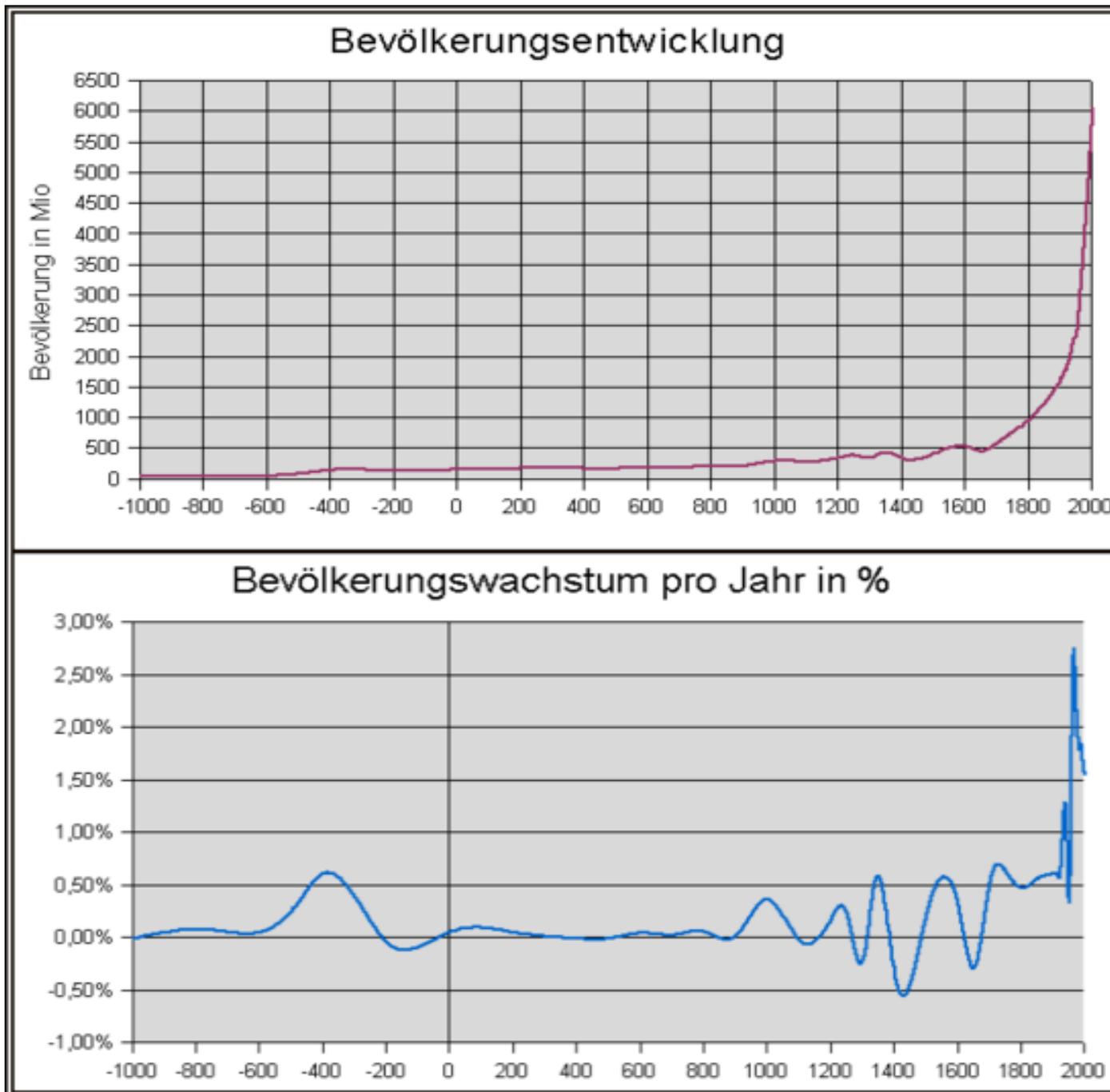
Das Sesshaftwerden, das Erfinden der Sprache, des Säens und Erntens, der Nutzung des Feuers etc. verbesserte die Überlebenschancen des Menschen sehr wesentlich und er konnte sich wirksamer vermehren als Tiere und Pflanzen.

Zusätzlich veranlasste die Zerstörung gewachsener Kulturen speziell durch die Kolonialmächte Eltern, ihr Auskommen im Alter über ihren Nachwuchs zu sichern.

In einen Gleichgewichtszustand der Natur hinein wuchs die Menschheit exponentiell auf jetzt etwa 7 Milliarden Individuen. Entsprechend wurde der Lebensraum der Tiere und Pflanzen Schritt für Schritt eingeschränkt.

Rote Listen bedrohter Tier- und Pflanzenarten wachsen immer schneller.

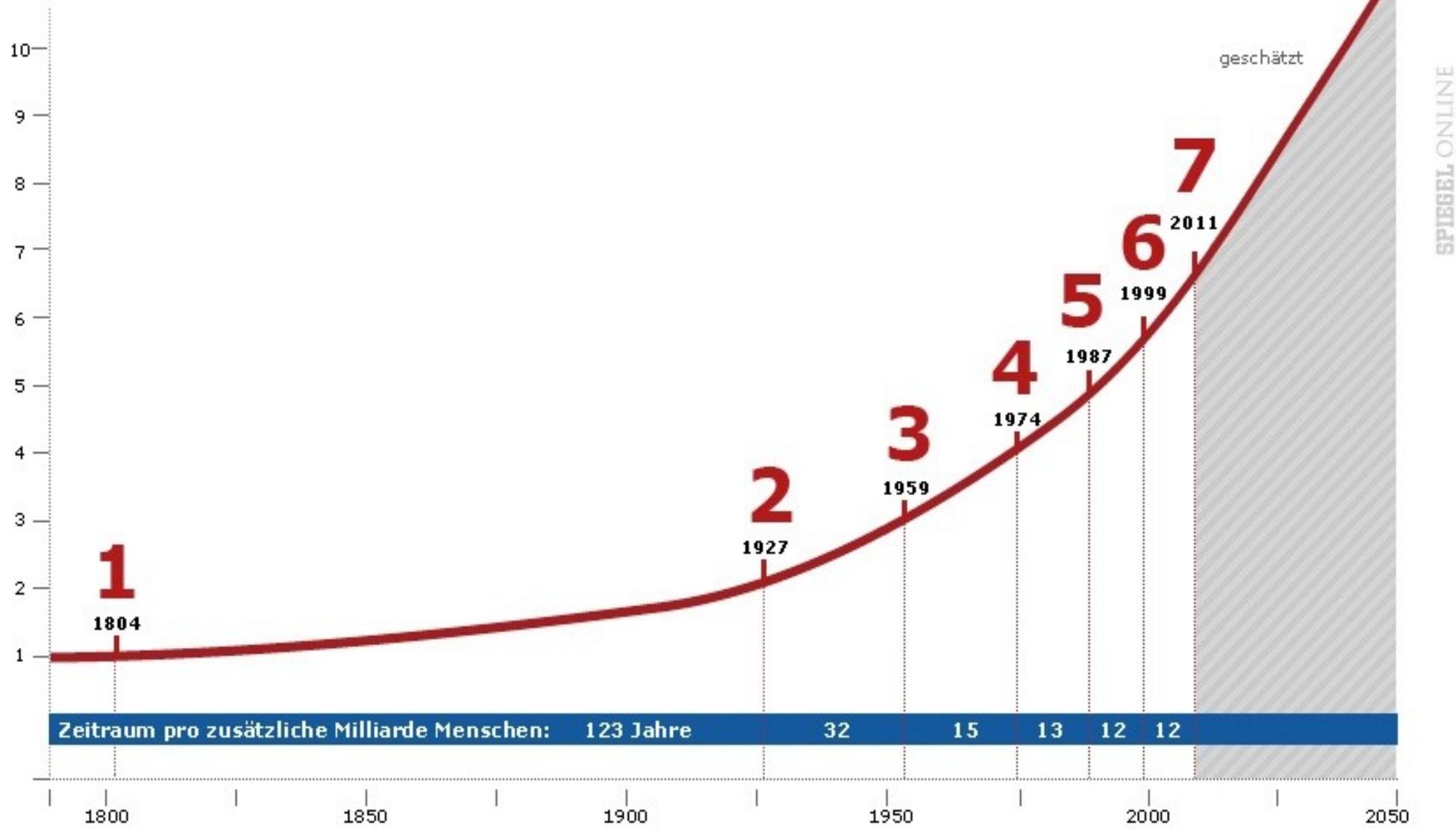
Aber auch für die Menschen wird es immer enger und mit der Zeit eventuell auch **zu eng zum Überleben.**



Wikipedia: Bevölkerungsentwicklung, Zugriff: 28.02.2012

Entwicklung der Weltbevölkerung

in Milliarden



Quelle: UNFPA

Spiegel online 26.10.2011

2.3. Trennung der Produktion von der Reproduktion

Mit der Industrialisierung und Kapitalakkumulation wurde die Produktion von der Reproduktion getrennt. Die Menschen reproduzierten sich immer weniger über ihre Tätigkeiten im eigenen Haushalt, sondern über Geld, das sie für ihre Arbeit außerhalb ihres Haushaltes in industriellen Produktionsstätten, den neu entstandenen Manufakturen und Fabriken erhielten. In dieser ungeschützten Umgebung war ihre Ausbeutung durch das Kapital umso einfacher. Da die Kapitaleigner immer mehr Geld aus dem Arbeitsprozess herauszogen, war für die Arbeit der Erwerbstätigen immer weniger Geld vorhanden. Sie verarmten zunehmend und wohnten schließlich mit ihren Familien zur Miete in ärmlichsten städtischen Behausungen. Der Mensch wurde aber nicht nur Produzent von Produkten, die er selbst nicht brauchte, sondern auch Konsument von Produkten, die er nicht selbst hergestellt hatte. Diese Produkte werden ihm über wachsende profitmaximierende Handelsketten zugeführt. Er wurde also Ausbeutungsobjekt in beiderlei Hinsicht, als Produzent und als Konsument.

Ausbeutung

Im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels
1848 geschrieben:

"Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt bekommt, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw."

Leider haben sie sich um diesen Bereich der Ausbeutung nicht gekümmert, im Gegenteil, sie warnten sogar vor Verbraucher-Initiativen der Daseinsvorsorge. Es hat wohl deshalb praktisch die gesamte Linke eine bedenkliche Schiefelage: sie kümmert sich ausschließlich um die Arbeit, den Betrieb und die Produktion und nicht um das Leben, das Zuhause und die Reproduktion.

Vordringen des Marktes

„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich.“

... „Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist. ...

Wachstum und Geldvermögen

Schemadarstellung

Die überproportionierte Entwicklung der Geldvermögen erzwingt ständig neue Wachstumsschübe zur Anpassung der Wirtschaftsleistung



Helmut Creutz:
Das Geldsyndrom
Econ 2003

2.4. Bedarfsweckung statt Bedarfsdeckung

Die Nettokapitalrendite betrug in Deutschland u.a. laut DGB seit 1950 im Mittel etwa 10% pro Jahr. Um wenigstens ein lineares Wirtschaftswachstum zu erzielen, mussten die Bürger veranlasst werden, einerseits entsprechend intensiv zu produzieren und andererseits ebenso intensiv zu konsumieren.

Auf der Seite der Produzenten wurde also die Produktivität durch Rationalisierung, Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität gesteigert.

Auf der Seite der Konsumenten folgte, als in den 50er Jahren die **Bedarfsdeckung** erreicht war, über eine immer raffiniertere Werbung eine **Bedarfsweckung** (selbst im Haushalt wurde z.B. aus der Hausfrau eine Frau Saubermann und aus der Frau Saubermann die Frau Keimfrei gemacht), dazu kam die **Ex-und-Hopp-Produktion** (es wurden in die Produkte gezielt Verschleißfaktoren eingebaut sowie Einweg- und Wegwerfartikel produziert).

Um mehr kaufen zu können, sollten die Konsumenten sich **verschulden** (selbst zinsfreie Kredite wurden und werden gewährt).

Der **Export** brachte zusätzliche Gewinne und durch die **Globalisierung**, mit der selbst die Staaten Konkurrenten zueinander wurden und entsprechendes Lohndumping betrieben, konnte alles noch weiter perfektioniert werden.

Neuerdings werden **Gesetze** erlassen, um die Menschen zum Kauf zu animieren (Abwrackprämie) bzw. zu zwingen (Sparlampe).

Statt die Bedarfsweckung in den Luxusregionen unseres Erdballs weiter zu perfektionieren, sollte die Bedarfsdeckung aller Menschen erreicht werden.

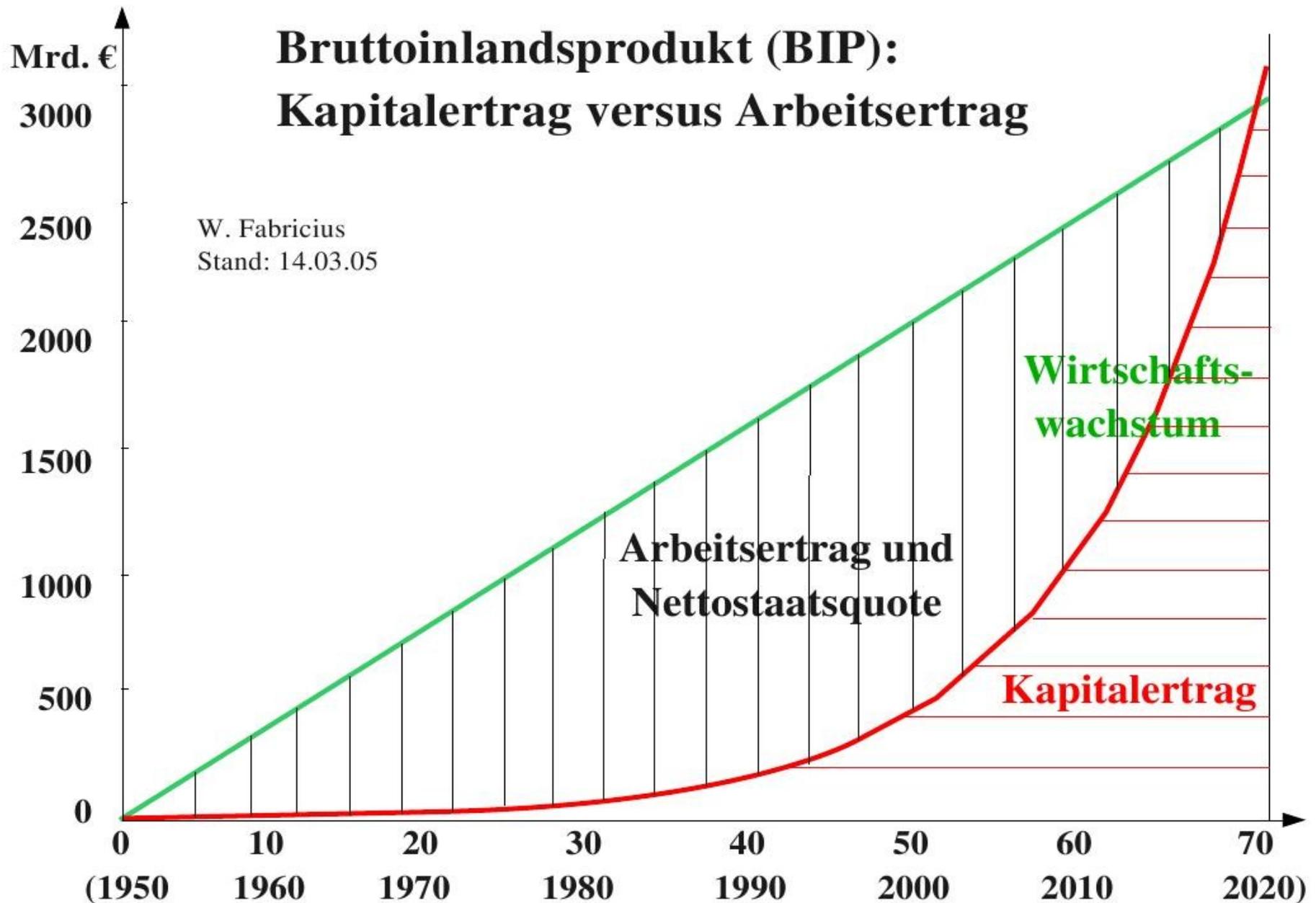
Netto-Kapitalrendite

(bis 1991 Westdeutschland, ab 1991
Deutschland)



Jahr	Nettokapitalrendite in %	
	Westdeutschland	Deutschland
1971	12,6	
1972	11,7	
1973	10,8	
1974	9,2	
1975	8,6	
1976	10,0	
1977	9,2	
1978	9,6	
1979	9,5	
1980	7,5	
1981	6,2	
1982	6,1	
1983	8,0	
1984	8,5	
1985	8,5	
1986	9,7	
1987	9,9	
1988	10,3	
1989	10,4	
1990	11,3	
1991	10,8	11,4
1992		10,2
1993		9,2
1994		10,1
1995		10,8
1996		10,4
1997		11,0
1998		11,4
1999		10,6

2.5. Profitmaximierung/Shareholder Value



Schleichende Umverteilung

„Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen. Dieser "Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung" steht die Arbeitslosigkeit als "eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen" gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.“

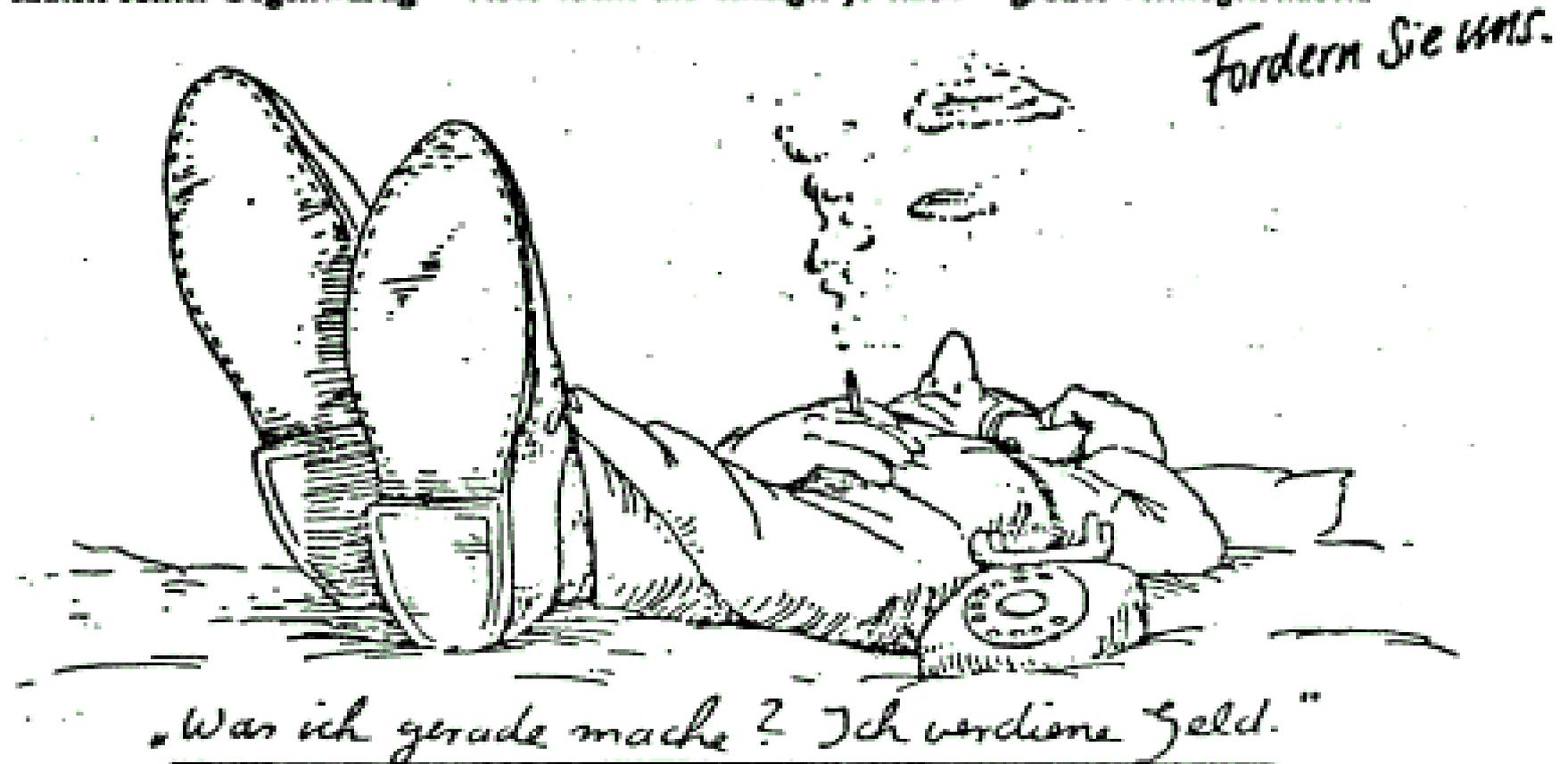
Wie Sie zu Geld kommen, ohne einen Finger krumm zu machen.

Bereits mit 1.000 Mark können Sie einen BfG:Kapitalsparbrief kaufen. Vier Jahre lang bekommen Sie feste und zugleich hohe Zinsen, die sich nicht ändern, auch wenn das allgemeine Zinsniveau sinken sollte. Gegenwärtig

liegt der Zinssatz bei neun Prozent jährlich.

Der BfG:Kapitalsparbrief ist eine Möglichkeit, wie Sie bei uns Ihr Geld ohne ein Kursrisiko mit guten Renditen anlegen können. Aber nicht die einzige: Je nach

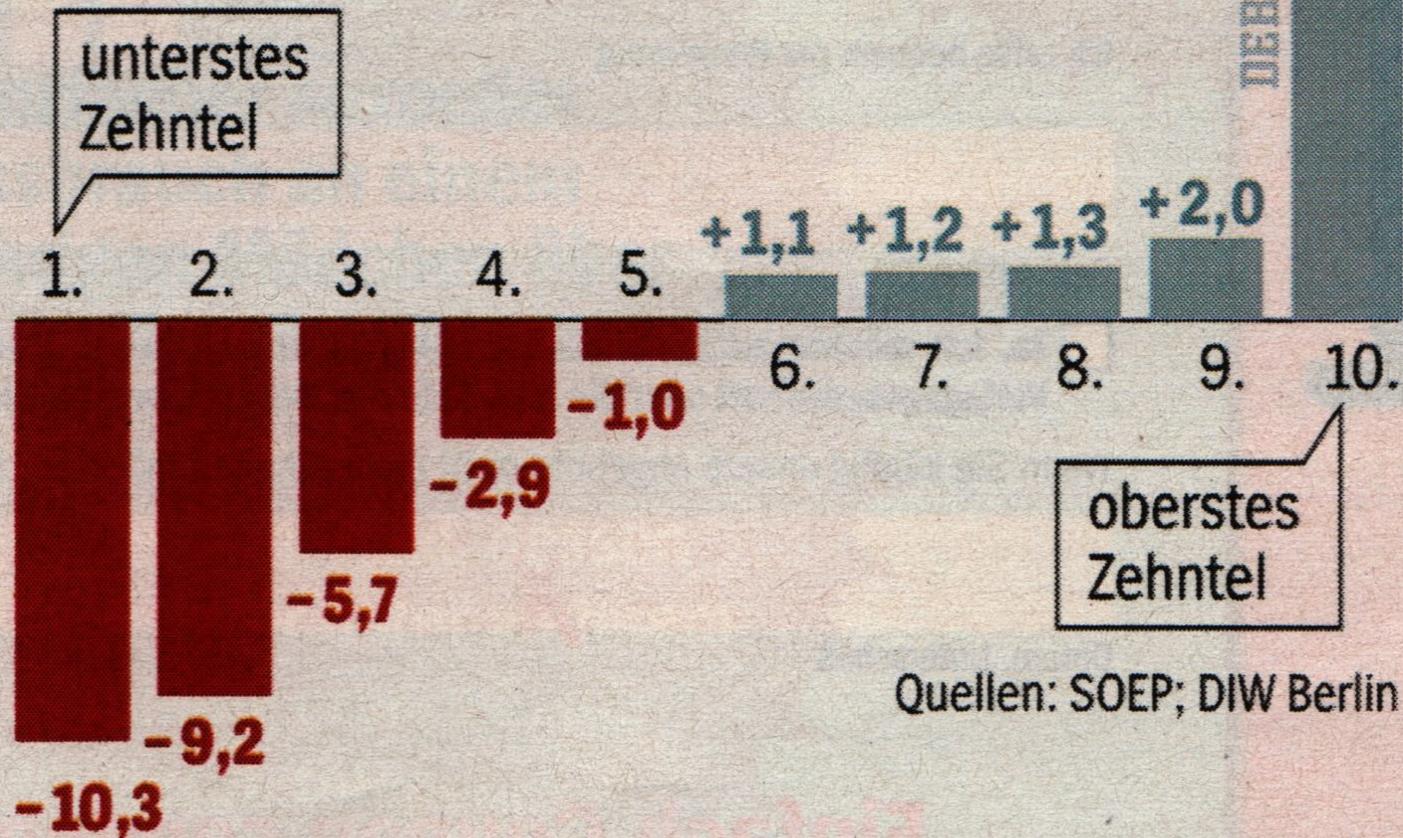
Ihrer persönlichen Situation und Ihren Anlagezielen gibt es verschiedene Wege, Ihr Geld etwas dazuverdienen zu lassen. Wir rechnen das gern mal mit Ihnen durch – auch wenn Sie kein großes Vermögen haben.



Veränderung des verfügbaren Einkommens

in Deutschland 2010 gegenüber 2000, in Prozent

berechnet in Preisen von 2005



Die Saugpumpe

„Bis 1929 - 1930 [also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise] hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet ... und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen. ...

Die Massenproduktion [der modernen Industriegesellschaft] beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus, ... um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht. ...

Wie in einem Pokerspiel, wo sich die Chips in immer weniger Händen konzentrieren, konnten die übrigen Spieler nur noch weiter machen, indem sie Schulden machten. Gab man ihnen keinen Kredit mehr, war es auch mit dem Spiel zu Ende.“

Marriner Stoddard Eccles

1934 von Roosevelt eingesetzt,
bis 1948 amtierender FED-Chef

„Pensionsfonds-Sozialismus“

Seit 1860 erfolgt die Alterssicherung in Amerika kapitalgedeckt über Pensionsfonds, von denen in der Regel Staatsanleihen erworben wurden. Weil es unvertretbar sei, dass die Pensionsfonds den Staat so hoch verschulden, hat Charles Wilson, Präsident von General Motors, 1950 für die Erwerbstätigen Pensionsfonds als Investment-Trusts durchgesetzt, die in Industrieaktien investieren sollten.

Damit wurden allerdings die Altersanwartschaften vom Staat auf die Industrie übertragen und mit der Wirtschaftskrise sitzen die amerikanischen Rentner buchstäblich auf der Straße.

Die **Erwerbstätigen** in Amerika besaßen bereits 1976 über diese Pensions-Fonds mehr als **ein Drittel** des Eigenkapitals der Amerikanischen Wirtschaft. Dieser Anteil sollte nach Drucker bis zur Jahrtausendwende über **zwei Drittel** betragen.

Drucker wörtlich: *„Den Pensions-Fonds wird, mit Ausnahme des landwirtschaftlichen und staatlichen Sektors, bis dahin praktisch ganz Amerika »gehören«, und für die beiden ausgenommenen Bereiche werden sie eine wichtige Finanzierungsquelle sein.“*

Peter F. Drucker: The Unseen Revolution, 1976

Deutsch: Die unsichtbare Revolution. Econ 1977, Knauer 1979

Der Anfang vom Ende des Neoliberalismus

„Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds eingesammelt - bei den Reichen der Welt, aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen. Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen, sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen, Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze Volkswirtschaften in die Zange – und zunehmend auch deutsche Unternehmen. ...

Aber wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?“

S. Afhüppe et al., Spiegel 18/2005, S. 131

Aristoteles (384-322 v. Chr. , Politeia, 5. Buch)

"Man muß dafür sorgen, daß der Gegensatz der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht oder daß der Mittelstand wächst. ...

Namentlich muß man bedacht sein, durch die Gesetze die Verhältnisse so zu regeln, daß niemand aufkommen kann, der allzu übermächtig ist durch Anhang oder Reichtum; und gelingt dies nicht, so muß man solche Leute ins Ausland verbannen."

2.6. Primat der Ökonomie über die Politik

Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank, äußerte bereits 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: *„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden.“*

Rolf E. Breuer, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank präzisierte 2000: *„Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern täglich gefällt, was Regierungen ständig unter einen erheblichen Erklärungszwang setzt. ... Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten.“*

Franz Oppenheimer zum Staat

Franz Oppenheimer wurde 1917 der erste deutsche Lehrstuhl für Soziologie an der Frankfurter Universität eingerichtet. Auch war er der Doktorvater von Ludwig Ehrhard.

Zum soziologischen Begriff des Staates führt er 1907 aus: „*Er stammt aus dem Italienischen der Renaissanceperiode. Dort bezeichnete er den, zumeist durch Gewalt zur Herrschaft gelangten Fürsten samt seinem Anhang: »Die Herrschenden und ihr Anhang heißen lo stato, und dieser Name durfte dann die Bedeutung des gesamten Territoriums usurpieren«*, sagt **Jakob Burckhardt**. ... In unserem Worte »Hofstaat« lebt die alte Bedeutung fort. ... Er ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die **von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen** wurde mit dem einzigen Zweck, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die **ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger.**“

Den fleißigen Besiegten wird von den reichen Siegern nur soviel zugestanden, dass sie nicht verhungern und man sie weiter melken kann.

Franz Oppenheimer zum Staat

Franz Oppenheimer wurde 1917 der erste deutsche Lehrstuhl für Soziologie an der Frankfurter Universität eingerichtet. Auch war er der Doktorvater von Ludwig Ehrhard.

Zum soziologischen Begriff des Staates führt er 1907 aus: *„Er stammt aus dem Italienischen der Renaissanceperiode. Dort bezeichnete er den, zumeist durch Gewalt zur Herrschaft gelangten Fürsten samt seinem Anhang: »Die Herrschenden und ihr Anhang heißen lo stato, und dieser Name durfte dann die Bedeutung des gesamten Territoriums usurpieren«, sagt **Jakob Burckhardt**. ... In unserem Worte »Hofstaat« lebt die alte Bedeutung fort. ... Er ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die **von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen** wurde mit dem einzigen Zweck, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die **ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger.**“*

Den fleißigen Besiegten wird von den reichen Siegern nur soviel zugestanden, dass sie nicht verhungern und man sie weiter melken kann.

Gustav Landauer zum Staat:

„Einen Tisch kann man umwerfen und eine Fensterscheibe zertrümmern, aber die sind eitle Wortmacher und gläubige Wortanbeter, die den Staat für so ein Ding halten, den man zertrümmern kann, um ihn zu zerstören.

Der Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält.

Der absolute Monarch konnte sagen: „Ich bin der Staat“.

Wir, die wir im absoluten Staat uns selbst gefangengesetzt haben, wir müssen die Wahrheit erkennen: Wir sind der Staat - und sind es so lange, als wir nichts anderes sind, als wir die Institutionen nicht geschaffen haben, die eine wirkliche Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen sind.“

Auf der Suche nach Gegenstrategien



[Web](#) [Bilder](#) [Groups](#) [Verzeichnis](#) [News](#)

Profitminimierung

Suche

[Erweiterte Suche](#)
[Einstellungen](#)

Suche: Das Web Seiten auf Deutsch Seiten aus Deutschland

Web

Ergebnisse 1 -3 von ungefähr 4 Seiten auf Deutsch für Profitminimierung . (0,12 Se

Meinten Sie: [Profittmaximierung](#)

[EndedteinflussIV](#)

... Verhältnis zwischen europäischem Unternehmer und melanesischem Arbeiter nehmen, insbesondere wenn eine Änderung in einer **Profitminimierung** resultieren konnte ...

www.uni-bayreuth.de/departments/neueste/EndedteinflussIV.htm – 41k [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

[GESPRÄCH im November 1996 zwischen Bohne und Nico](#)

... Mansito zum Umgang mit BSE: "Man muß dazu eine kaltblütige Haltung einnehmen, um keine ungünstigen Marktreaktionen (sprich: **Profitminimierung**) zu provozieren ...

www.hohnest.de/Satire/satire.htm – 30k – [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

[the Project Antipop Network](#)

... Umweltschutz wird von der WorldTradeOrganization effektiv verhindert, da es **Profitminimierung** bedeuten würde, Umweltauflagen zu gehorchen....

schlabberbacke.piranho.com/main.html – 13k – [Zusätzliches Ergebnis](#) [im Cache](#) – [Ähnliche Seiten](#)

Um Ihnen nur die treffendsten Ergebnisse anzuzeigen, wurden einige Einträge ausgelassen, die den 3 bereits angezeigten Treffern sehr ähnlich sind.

Sie können bei Bedarf [die Suche unter Einbeziehung der übersprungenen Ergebnisse wiederholen](#)

Meinten Sie: [Profittmaximierung](#)

Gebührende Entschädigung

In der Zeitschrift „Anarchismus in Deutschland“ schrieb Gustav Landauer 1893 bereits im Sinne des Commoning:

*„... wir reden davon, daß die zur Einsicht in ihre wahren Interessen gekommene Menschheit in starken Vereinen Vorsorge treffen wird, daß die Güter der Erde zu jedermanns Verfügung stehen und daß, wenn einzelne oder Gruppen Produktionsmittel für sich allein in Anspruch nehmen, die übrigen **gebührende Entschädigung** beanspruchen.“*

Garrett Hardin

Der zu Unrecht viel geschmähte Garrett Hardin schreibt in Sorge um die Überbevölkerung unserer Erde in seinem weltweit diskutierten Beitrag „The Tragedy of the Commons“ in Science Vol. 162 von 1968:

„Gemeingüter erfordern ab einem bestimmten Grad der Nutzungsintensität eine Moral, die vom Individuum nicht mehr geleistet werden kann, da sie dem Eigeninteresse primär entgegenläuft. Die Lösung solcher Probleme kann nur eine politische sein. . . .

Die **Tragik der Allmende als Vorratskammer** kann durch Privateigentum **oder ähnliche Formen verhindert** werden.

*Aber Luft und Wasser kann man nicht so leicht einzäunen und deshalb muss die **Tragik der Allmende als Abfallgrube** mit anderen Mitteln abgewendet werden: durch Zwangsmaßnahmen oder Besteuerung, die es dem Verschmutzer billiger machen, seine Abfälle zu behandeln, als sie unbehandelt abzuschieben.“*

Wie Menschen diese Tragik – zumindest der **Allmende als Vorratskammer** - in unterschiedlichsten Regionen gemeinschaftlich bearbeiten, stellt Elinor Ostrom 1990 in ihrem Buch „Governing the Commons“ ausführlich dar.

Commoning als Gegenstrategie

Im Rahmen der Solidarischen (Reproduktions-) Ökonomie werden ökonomische Konzepte für die Commons erarbeitet und erprobt.

Entscheidend ist, dass diese Ökonomie nicht auf die Produktion für den kapitalistischen Markt (Angebots-Ökonomie), sondern auf die Reproduktion von Individuum und Gesellschaft (Nachfrage-Ökonomie) ausgerichtet ist.

Solidarische Nachfrage-Ökonomie ist nicht neu, sondern hat die kapitalistische Angebots-Ökonomie von Anfang an begleitet.

3. Facetten des Commoning

- 3.1. Ablösung des Profitsystems
- 3.2. Solidarische Reproduktionsökonomie
- 3.3. Informationstechnik
- 3.4. Peer-to-Peer-Ökonomie
- 3.5. Reintegration der Produktion in die
Reproduktion
- 3.6. Finanzierungsmöglichkeiten
- 3.7. Entscheidungsstrukturen

3.1. Ablösung des Profitsystems

Bereits **Aristoteles** (384-322 v. Chr.) schreibt in seiner *Politeia*, 1. Buch):

“So ist der Wucher hassenswert, weil er aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst.

Durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“

Geld

Mit der Arbeitsteilung begann der Tausch von Produkten. Der Tausch unterschiedlichster Produkte verlangte ein Wertäquivalent, das Tauschmittel, das den Wert der investierten Zeit repräsentierte und erlaubte, ein möglichst gleichwertiges Produkt eines Anderen zu erwerben. Die unterschiedlichsten Tauschmittel kamen zur Anwendung. Man versuchte, ein Tauschmittel zu finden, das möglichst haltbar und regional wie überregional im gesamten Raum des Tauschens als Tauschmittel akzeptiert wurde.

Mit dem „Schuldschein“ Geld honoriert also die Gesellschaft Leistungen, die über die Familie und die Nachbarschaft hinaus für sie erbracht werden. Es könnten auch Kreditpunkte vergeben werden.

Die Deutsche Rentenversicherung (ehemals LVA und BfA) beispielsweise registriert alle sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten aller abhängig Beschäftigten. Von diesem Konto kann allerdings nichts abgebucht werden, da die Einzahlungen für das Umlageverfahren verwendet werden.

Eliminierung des Mehrwerts

Der Staat ist nicht für die Eigentumslosen da, sondern wurde von den Eigentümern errichtet, um ihr Eigentum zu sichern und zu mehren. Ihre Rendite ist der Mehrwert aus dem Arbeitsprozess. Mit dem Wertgesetz von Marx lässt sich das folgendermaßen darstellen:

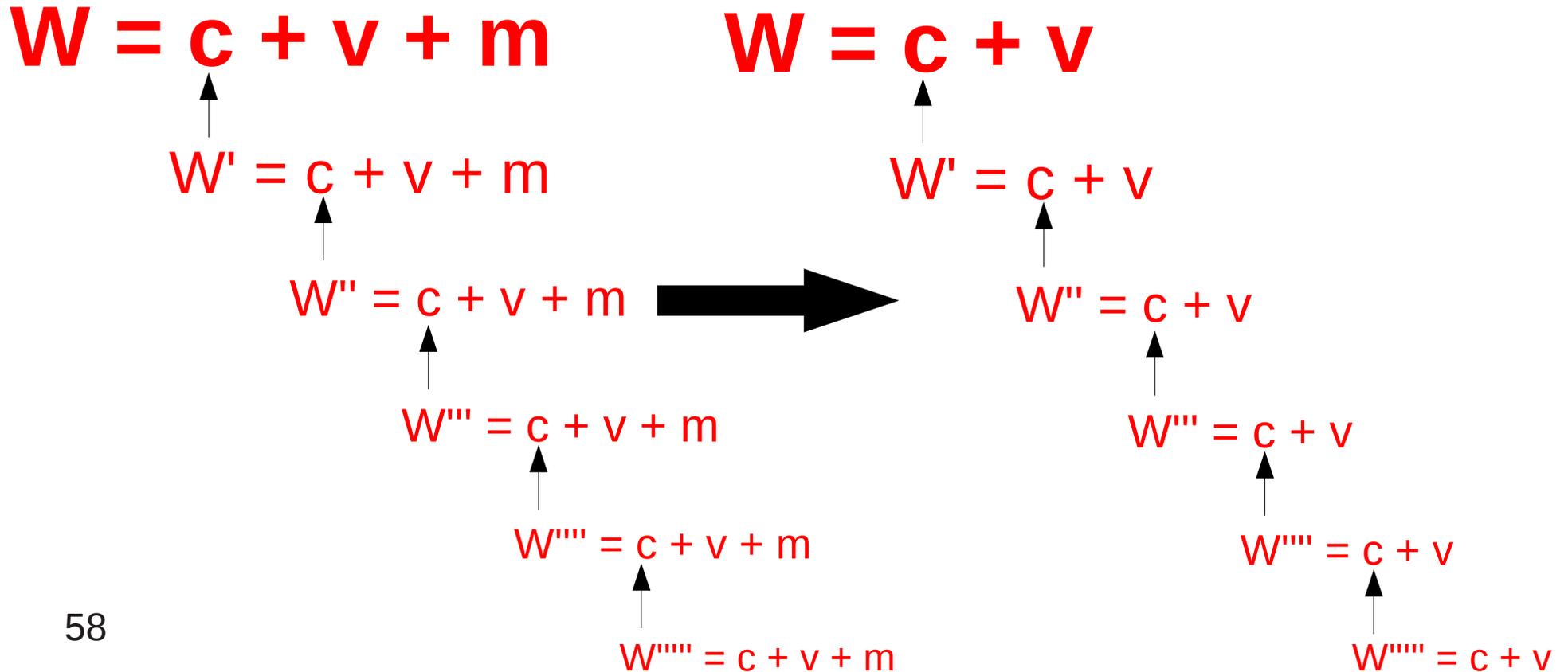
$$\mathbf{W = c + v + m} \quad \longrightarrow \quad \mathbf{W = c + v}$$

Im Preis der Ware (W) stecken die Kosten für Ressourcen und Infrastruktur (c), die Löhne (v) und der Mehrwert (m), der Profit des Investors.

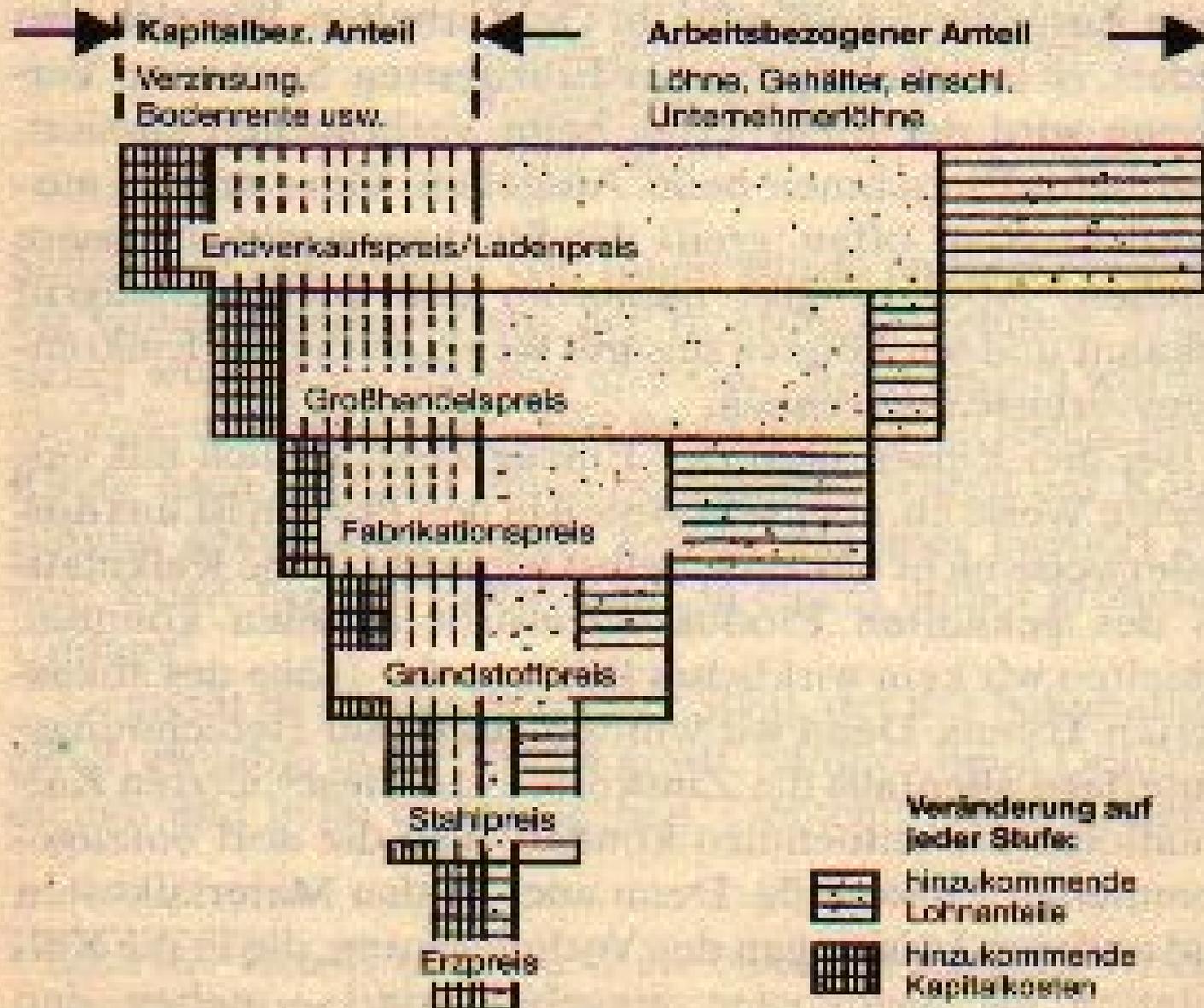
Deser Profit wird in immer größeren Umfang auf den Finanzmärkten angelegt, die eine höhere Rendite als die Realwirtschaft versprechen.

Die Produktionskette

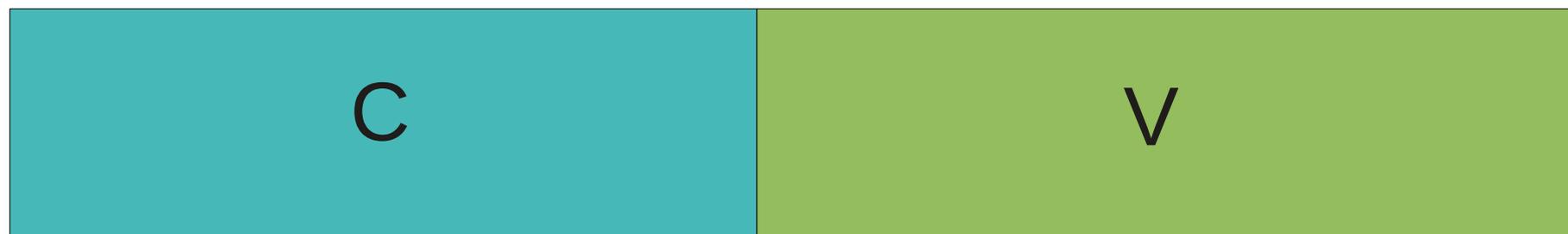
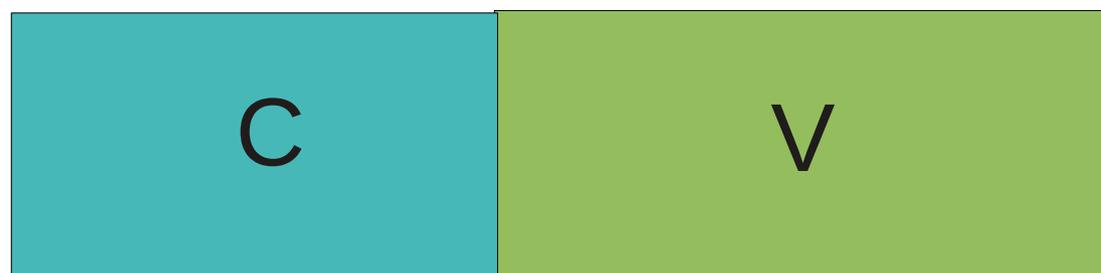
Der Mehrwert addiert sich in der Produktionskette und macht im Mittel bereits etwa 40% des Endverbraucherpreises (W) aus. Über solidarwirtschaftliche Projekte wird er am wirksamsten von der untersten Stufe, von den Dienstleistungsseite her, aus den Produktionsketten eliminiert.



Akkumulation der kapital- und arbeitsbezogenen Kosten am Beispiel eines Stahlproduktes mit fiktiven Größen

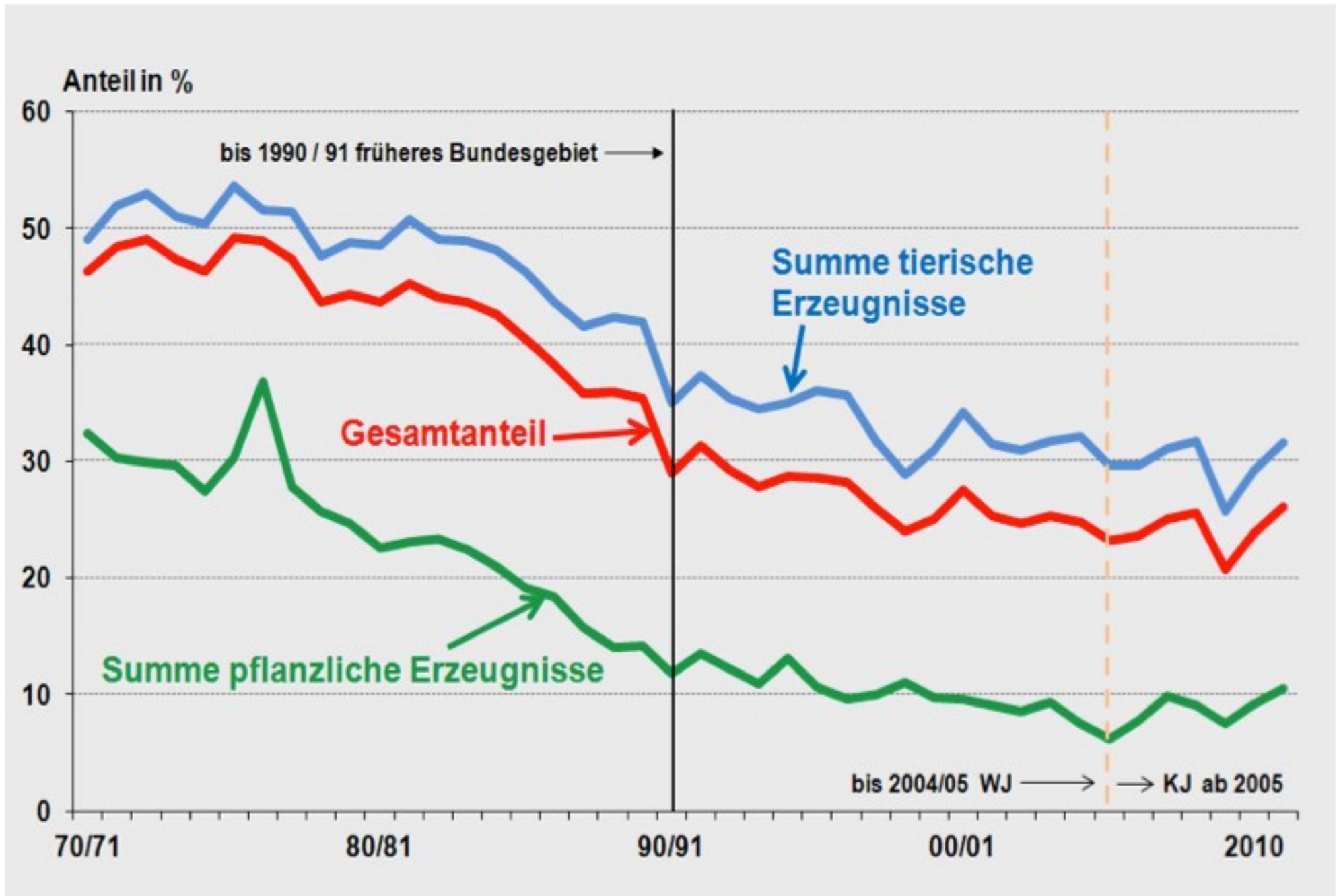


Zusammensetzung des Preises von Produkten



Wenn der Mehrwert dem Produktionsprozess nicht mehr entzogen wird, können sich Produzent und Konsument darüber unterhalten, ob der Preis (W) gesenkt, der Lohn (v) erhöht und/oder die Infrastruktur (c) zur Arbeitserleichterung erweitert oder verbessert wird.

Anteil des Verbraucherpreises, den der Produzent im landwirtschaftlichen Bereich erhält



3.2. Solidarische (Reproduktions-)Ökonomie

Mit der Solidarischen Ökonomie soll also

- der Geldabfluss aus dem Produktionsprozess zum Kapitaleigner verhindert werden,
- Konsument und Produzent stellen eine neue Identität her, indem der Konsument
 - zunächst solidarischer Abnehmer der Produkte ist,
 - dann die Distribution der Produkte z.B. in Form einer Konsumgenossenschaft als Miteigentümer finanziert und
 - schließlich auch die Produktion (in Deutschland im ersten Drittel des letzten Jh. z.B. vermittelt über die Großeinkaufsgesellschaft GEG) in die Konsumgenossenschaft integriert,
- und somit das Privatkapital Schritt für Schritt durch⁶³ Solidarkapital ersetzt werden.

3.3. Informationstechnik

Erfindungen erweiterten und intensivierten die Operationsräume der Menschheit:

- Die **Lautschrift**, ergänzte die mündliche Überlieferung wesentlich und ermöglichte große Staatsgebilde wie das Griechische und das Römische Reich.
- Der **Buchdruck** löste das aufwendige Abschreiben ab und erlaubte, das Abendland auf weitere Kontinente auszudehnen.
- Die Informationstechnik und das **Internet** bieten Individuum und Gesellschaft noch lange nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten der globalen Kommunikation und Kooperation, insbesondere in den direkten Beziehungen von Konsument und Produzent, z.B. in Form der Peer-to-Peer-Ökonomie.

3.4. Peer-to-Peer-Ökonomie

Nach den umfangreichen Vorarbeiten von Richard Stallman, Freie Software und insbesondere die General Public Licence (GPL) zu entwickeln, hatte Linus Torvalds die visionäre Eingebung, seinen neuentwickelten Kernel, Linux genannt, am 15.9.1991 im Quellcode der weltweiten Gemeinde der Softwareentwickler zur gemeinsamen Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, die bis dahin nur kompilierte Codes und Lizenzen von Betriebssystemkernels kannten.

Es entfaltete sich die Produktion Freier Software (Linux, Apache, LibreOffice etc.) und des Freien Wissens (Wikipedia, OpenKnowledge).

Ganz wesentlich für die weitere Entwicklung von Kommunikation und Kooperation war auch die Erfindung (1989) und Implementierung (1991) des HTML-Protokolls durch Tim Berners Lee, Wissenschaftler am CERN in Genf. Auf der Basis all dieser Vorarbeiten hat sich eine **Peer-to-Peer-Produktion, der direkte Zusammenschluss von Konsument und Produzent, Abnehmer und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen**, entwickelt.

Investoren, Groß-, Zwischen- und Einzelhandel, Verlage etc. werden bei dieser Produktion Schritt für Schritt überflüssig. Werbung wird durch Produktinformation ersetzt, die auch sozioökologische Indices umfasst. Über Nutzergemeinschaften kann auch die Funktionalität und das Design der Produkte mitentwickelt werden.

3.5. Reintegration der Produktion in die Reproduktion

„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich.“

*... „Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die **gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen**, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist.*

Soziale Identität von Produktion und Konsumtion

*„Die Initiativen für [vom warenproduzierenden System] entkoppelte Sektoren der Reproduktion können durchaus Kooperativen oder Genossenschaften genannt werden; nur daß es sich eben nicht um warenproduzierende Unternehmen, sondern um autonome Bereiche mit einer **sozialen Identität von Produktion und Konsumtion** handeln würde. Es gibt wenigstens ein Beispiel für einen solchen Ansatz, das die alte Arbeiterbewegung hinterlassen hat, und das waren die **Konsumgenossenschaften**. Es ist merkwürdig und zeigt wiederum die Ignoranz der „orthodoxen“ Marxisten und der postmodernen Linken, daß die bloße Erwähnung dieses Worts bei ihnen sämtliche Scheuklappen fallen läßt.“*

3.6. Finanzierungsmöglichkeiten

Des Menschen Leben verläuft in drei Grundphasen: in der ersten Phase, der Kindheit und Jugend, braucht der Mensch mehr von der Gesellschaft, als er ihr geben kann, in der zweiten Phase, der Lebensmitte, gibt er ihr mehr, als er von ihr braucht und in der dritten Phase, dem Alter, ist es wieder umgekehrt.

Das große Problem in Phase zwei ist der Überschuss, der in der Regel als kapitalgedeckte Alterssicherung gespeichert wird. Die dadurch sich aufhäufenden Kapitalmassen werden über Versicherungen, Banken und Fonds auf den Finanzmärkten eingesetzt und kommen dann als Heuschreckenkapital zurück.

Gelöst würde dieses Problem durch geeignete Projekte, in die direkt investiert werden könnte und aus denen diese Investitionen bei Bedarf wieder abrufbar sind.

Das wäre z.B. über Geschäftsanteile bei Genossenschaften möglich, die eine geregelte Verwaltung der Finanzen bieten.

3.7. Aufwand geeigneter Entscheidungsstrukturen

In der Regel wird der Aufwand unterschätzt, der darin besteht, den Raum zwischen Familie und globaler Gesellschaft mit einer geeigneten Entscheidungsstruktur zu füllen und die Kultur der Konkurrenz durch eine Kultur der Kooperation zu ersetzen.

Mit der Optimierung der Entscheidungsstrukturen befasst sich die Menschheit seit Jahrtausenden.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sind entsprechend umfangreich und komplex



Elinor Ostrom bei der Nobelpreisverleihung

Elinor Ostrom (* 7. 8.1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA, † 12.6.2012 in Bloomington, Indiana, USA) war Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Von 1996 bis 1997 war sie Präsidentin der American Political Association.

2009 wurde ihr als erster Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt.

Ostrom habe gezeigt, „*wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann*“, heißt es in der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften.

Mit Ostroms Hauptwerk „*Governing the commons. The evolution of institutions for collective action*“ wird **weltweit ein neues Denken angestoßen**: Es geht nicht mehr allein um staatliche Regulierungsfragen, sondern darum, wie die Erde als Ganzes genutzt und gepflegt, wie dieses Gemeingut gemeinsam nachhaltig und sozial gestaltet werden kann.

Bauprinzipien langlebiger Allmenderessourcen-Institutionen

1. Klar definierte Grenzen und ein wirksamer Ausschluss von externen Nichtberechtigten.
2. Regeln bezüglich Aneignung und Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen an die lokalen Bedingungen angepasst sein.
3. Die Betroffenen nehmen an Vereinbarungen zur Änderung der Regeln teil.
4. Überwachung der Einhaltung der Regeln durch die Betroffenen.
5. Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen.
6. Mechanismen zur Konfliktlösung.
7. Die Selbstbestimmung der Gemeinschaft wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.
8. Einbettung in ein komplexeres System

Tabelle 5.2. Bauprinzipien und Qualität der Institutionen

	klar definierte Grenzen und Teilnehmer	kongruente Regeln	Arenen für kollektive Entscheidungen	Überwachung	Abgestufte Sanktionen	Konfliktlösungsmechanismen	Anerkanntes Organisationsrecht	Eingebettete Unternehmen	Qualität der Institutionen
Törbel, Schweiz	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr ^a	robust
japanische Bergdörfer	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr	robust
Valencia, Murcia u. Orihuela, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Raymond-, West-Coast- u. Central-Becken (gegenwärtig)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alicante, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja ^b	ja	robust
Bacarra-Vintar, Philippinen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alanya, Türkei	nein	ja	schwach	ja	ja	schwach	schwach	nr	fragil
Gal Oya, Sri Lanka	ja	ja	ja	ja	c	schwach	schwach	nr	fragil
Port Lameron, Kanada	ja	ja	schwach	ja	ja	ja	nein	nein	fragil
Bucht von Izmir u. Bodrum, Türkei	nein	nein	nein	nein	nein	nein	schwach	nein	gescheitert
Mawelle, Sri Lanka	nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein	nein	gescheitert
Kirindi Oya, Sri Lanka	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	gescheitert
Raymond-, West-Coast u. Central-Becken (früher)	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert
Mojave-Grundwasserbecken	nein	nein	ja	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert

^a nr = nicht relevant

^b mit zwei größeren Ausnahmen von 1739 bis 1840 und von 1930 bis 1950

^c Informationen fehlen

Gesetzliche Regelung von Entscheidungsstrukturen

Aktiengesellschaft (AG)

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)

Stiftung

Initiative - Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Eingetragener (ideeller) Verein (e.V.)

Wirtschaftlicher Verein

Nicht eingetragener Verein

Eingetragene Genossenschaft (eG)

Kooperationsgesellschaft

Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die deutsche Gesellschaft bürgerlichen Rechts stellt die ursprünglichste und einfachste Form der Personengesellschaft im deutschen Recht dar. Sie ist eine Vereinigung von mindestens zwei Gesellschaftern (natürlichen und/oder juristischen Personen), die sich durch einen mündlichen oder schriftlichen Gesellschaftsvertrag gegenseitig verpflichten, die Erreichung eines gemeinsamen legalen Zwecks in der durch den Vertrag bestimmten Weise zu fördern.

Die gesetzlichen Grundlagen sind im Wesentlichen in den §§ 705 ff. BGB geregelt. Sie kann die Namen aller Gesellschafter mit einem die GbR andeutenden Zusatz führen.

Betreibt eine GbR Handelsgewerbe, so wird sie dadurch zu einer Offenen Handelsgesellschaft oder ggf. Kommanditgesellschaft gem. § 17 Abs. 1 HGB.

Der eingetragene (ideelle) Verein

Der Verein bezeichnet eine freiwillige und auf Dauer angelegte Vereinigung von natürlichen und/oder juristischen Personen zur Verfolgung eines bestimmten Zwecks, die in ihrem Bestand vom Wechsel ihrer Mitglieder unabhängig ist.

Erste standesübergreifende Vereine wurden im deutschsprachigen Raum während des 18. Jahrhunderts gegründet. Es waren zuerst aufklärerisch gesinnte Vereinigungen, die sich der Pflege von Bildung und Kultur verpflichtet fühlten. Einer der bekanntesten Geselligkeitsclubs dieser frühen Phase war der 1749 gegründete Berliner Montagsclub. Später kamen die bürgerlichen LeseGesellschaften auf.

Das Aufblühen des modernen Vereinswesens ist eng mit der Industrialisierung verknüpft, als Menschen die starren ständischen Korporationen aufgaben, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben bislang geprägt hatten.

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden zahlreiche Vereine, „Gesellschaften“, Verbindungen sowie Bünde.

Die Genossenschaft

Eine Genossenschaft ist ein Zusammenschluss von natürlichen beziehungsweise juristischen Personen, deren Ziel der Erwerb oder die wirtschaftliche beziehungsweise soziale Förderung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb ist. Hierbei wird zwischen **Verbraucher-, Bau-, Bank-, Absatz- und Produktionsgenossenschaften** unterschieden.

Sie zeichnet sich durch eine offene Mitgliederzahl aus, das heißt der Bestand der Genossenschaft ist unabhängig vom Aus- oder Beitritt der Mitglieder und ist Körperschaftsteuerpflichtig. Die Genossenschaft wird mit der Handelsgesellschaft gleichgestellt. Als Rechtsgrundlage gilt das Genossenschaftsgesetz (GenG) von 1889.

Sie ist ein über mehr als 2 Jahrhunderte im gesellschaftlichen Dialog erprobtes Grundmodell einer Entscheidungsstruktur für ökonomische Projekte. In Deutschland ist etwa jeder 4. Bürger (insgesamt 22 Mio.), auf europäischer Ebene jeder 3. (140 Mio.) und auf globaler Ebene jeder 7. Erdenbürger (800-1000 Mio.) Genossenschaftsmitglied.

Genossenschaftsprinzipien

Identitätsprinzip

Freiwillige und offene Mitgliedschaft

Demokratieprinzip

Förderprinzip

Rückvergütung

Beschränkte Kapitalverzinsung

Politische und konfessionelle Neutralität

Barzahlung

Bildungsarbeit

Das Identitätsprinzip

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften grundsätzlich zwei sonst durch den kapitalistischen Markt getrennte ökonomische Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - in einer Organisation vereint sind.

Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft und der Zeichnung von Geschäftsanteilen ist das Mitglied **finanzieller Träger** der Genossenschaft.

Das Mitwirken in der Generalversammlung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat ist nur einem Mitglied möglich und macht es damit zum **personellen Träger** der Genossenschaft.

Grundsätzlich ist das Mitglied auch der **Kunde** der Genossenschaft (Mitgliedergeschäft).

Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern sind prinzipiell als genossenschaftsfremd anzusehen. Will eine Genossenschaft Nichtmitgliedergeschäfte tätigen (z.B. Probekäufe zulassen), muss dies in der Satzung ausdrücklich festgehalten werden.

Das Mitglied produziert in der Genossenschaft oder lässt in der Genossenschaft Güter und Dienstleistungen für sich produzieren und ist damit Produktdesigner, Auftraggeber und/oder **Produzent** in der Genossenschaft.

Konsumenten werden so ihr eigener **Eigentümer, Kreditgeber, Organisator und Produzent**.

In Wohnungs(bau)genossenschaften werden die Mieter ihr eigener Vermieter und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - ihr eigener Hausverwalter, ja sogar ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - prinzipiell Auftraggeber bzw. Verwalter der Bank. Auch in Wasser- und Energiegenossenschaften sind solche Strukturen verwirklicht. Die Rolle des Konsumenten und des Produzenten verschmelzen miteinander.

Demokratieprinzip

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip der Genossenschaften jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile. Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchbrochen.

Anders als in Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften **seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen**. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Historische und aktuelle Beispiele zeigen allerdings, dass praktische Demokratie auch in den Genossenschaften wesentlich von der politischen Kultur der Mitglieder und Funktionäre abhängt.

Rückvergütung

Genossenschaften sollten nach Möglichkeit gegen den Kapitalismus gerichtete profitfreie Räume bleiben. Überschüsse sollten den Mitgliedern als Abnehmer ihrer Produkte oder Dienstleistungen in Form einer, an der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen orientierten Rückvergütung (nicht an den Geschäftsanteilen orientierten Rendite) zurückgegeben werden. Diese Rückvergütung (der Gewinn kommt ja durch zu hoch kalkulierte Preise zustande) ist auch heute noch steuerfrei, weil sie vor Steuern vom Gewinn abgezogen werden kann.

Doppelfunktion des Begriffs Genossenschaft

1. Angebots- oder Produktivgenossenschaften werden von den Beschäftigten betrieben und produzieren „solidarisch“ für den kapitalistischen Markt.
2. Nachfrage-, Konsum- oder Reproduktionsgenossenschaften werden von den Verbrauchern und den Beschäftigten gemeinsam betrieben. Produziert wird, was die Konsumenten brauchen. Mit ihnen können profitfreie Räume aufgebaut werden, da der Verbraucher bei seinem Einkauf keinen Profit braucht.

Produktivgenossenschaften

„Über den *Käufergenossenschaften*
steht der berühmte sogenannte
»genossenschaftliche Geist«,
über den *Verkäufergenossenschaften*
der ebenso berühmte
»kapitalistische Geist«“

Franz Oppenheimer 1929

Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006)

- Der Name „Genosse“ wurde durch „Mitglied“ ersetzt
- Senkung von sieben auf drei Gründungsmitglieder
- Zulassung investierender Mitglieder
- Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern wird ein Ein-Personen-Vorstand ermöglicht
- Genossenschaften unter 20 Mitgliedern brauchen keinen Aufsichtsrat
- Erlaubnis für den Prüfverband, im Einzelfall auch externe Prüfer, z.B. Steuerberater, einzusetzen
- Statt postalischer Einladung: Einladung über die Mitgliederzeitung
- Stimmrecht auf der Generalversammlung auch schriftlich oder elektronisch
- Satzungsänderungen für die eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich ist, können nicht mehr durch eine Vertreterversammlung vorgenommen werden
- Durchschauprüfung bei kleinen Genossenschaften
- Geschäftsanteile sind Fremdkapital (zunächst nur Österreich)

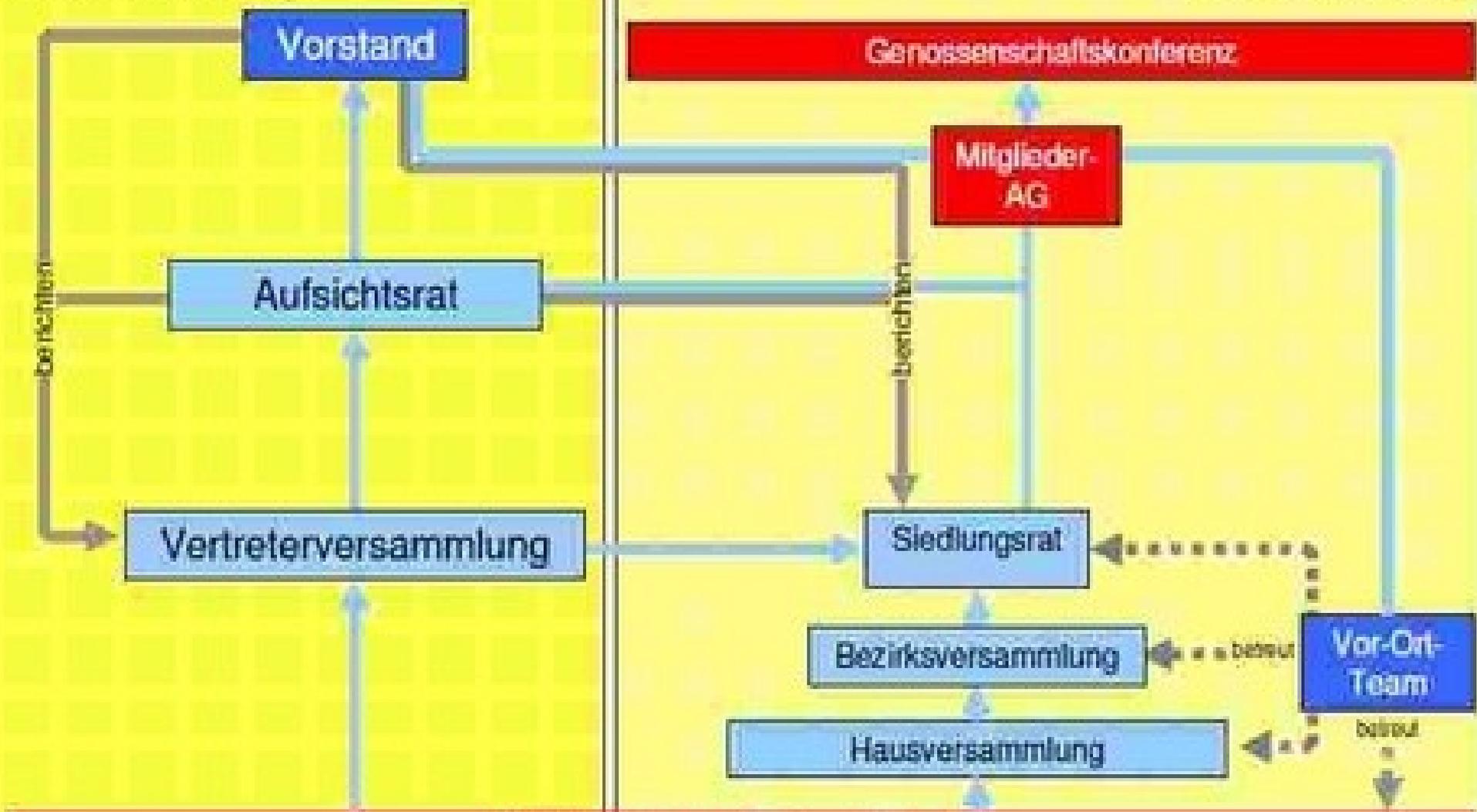
Gesetzentwurf zur Einführung der Kooperationsgesellschaft und zum weiteren Bürokratieabbau bei Genossenschaften (KoopeG)

Kernstück ist die Einführung der Kooperationsgesellschaft (haftungsbeschränkt) als eine Unterform der eingetragenen Genossenschaft, die von der Pflichtmitgliedschaft und der genossenschaftlichen Pflichtprüfung befreit werden soll. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf weitere Regelungen zum Bürokratieabbau für alle Genossenschaften vor, die auch außerhalb der ganz kleinen Unternehmen die Gründung von Genossenschaften fördern sollen. In diesem Rahmen ist vor allem auch die weitere Anhebung der Größenmerkmale für die Befreiung von der Jahresabschlussprüfung nach § 53 Abs. 2 GenG vorgesehen.

**GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen, März 2013**

Gesetzliche Selbstverwaltung

Erweiterte Selbstverwaltung



Gremien nach Genossenschaftsgesetz

Gremien der Erweiterten Selbstverwaltung

Hauptamtliche Mitarbeiter

Ausschüsse statt Vertreterversammlung

Bis in die 90er Jahre konnten die Genossenschaften ab 1500 Mitglieder eine Vertreterversammlung einrichten, die die Mitgliederversammlung im wesentlichen ablöste, ab 3000 Mitgliedern war das Pflicht. Wegen der schlechten Erfahrungen mit Vertretern, die sich für alles und nichts zuständig fühlten, wurde die Pflicht ab 3000 Mitgliedern gestrichen, die Kannbestimmung ab 1500 Mitgliedern blieb jedoch bestehen.

Statt einer Vertreterversammlung, die die Genossenschaft verkrusten lässt, sollten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen eingerichtet werden. In Wohnungsgenossenschaften wäre das beispielsweise für folgende Aufgaben sinnvoll:

- Belegung
- Finanzen/Preisgestaltung
- Ökologie/Wärmedämmung/Heizen/Solarenergie
- Begrünung des Geländes, der Wände und der Dächer
- Lebensmittelbeschaffung/Konsum
- Soziales
- Kultur

Genossenschaft von unten

Die Initiative „Genossenschaft von unten“ hat sich im Februar 2008 mit Unterstützung der Berliner Mietergemeinschaft gegründet, als die

Unzufriedenheit der Mitglieder in vielen Berliner

Wohnungsgenossenschaften immer weiter zunahm, da diese sich immer stärker privaten Wohnungsunternehmen annäherten und die Nutzungsentgelte immer weiter stiegen.

In der Initiative haben Mitglieder aller

Wohnungsbaugenossenschaften die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, um sich über genossenschaftsrelevante Themen und Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren sowie sich in einer

Gruppe für die „gute Sache“ zu engagieren. Ziel ist es, Mitgliederrechte und Demokratie in den Wohnungsgenossenschaften zu stärken.

Es wurden Vorschläge zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes erarbeitet und eine Mustersatzung für Genossenschaften erstellt.

4. Beispiele

- 4.1. Anfänge der Solidarwirtschaft
- 4.2. Die Rochdaler Pioniere
- 4.3. Entfaltung der Genossenschaften
- 4.4. Drittes Reich
- 4.5. Nachkriegszeit
- 4.6. 68-er Apo-Aktivitäten
- 4.7. Aktuelle Projekte

4.1. Erste Gründungen „neuer“ Genossenschaften

Während Elinor Ostrom vorwiegend Genossenschaften beschrieb, die **Ressourcen** verwalten, bildeten sich im Kapitalismus des 18. Jahrhunderts auch Genossenschaften heraus, die sich mit der **Infrastruktur der Daseinsvorsorge** befassen. Von folgenden Pionieren wird berichtet:

1760: **Werftarbeiter** von Chatham und Woolwich betreiben eine **eigene Mühle** und eine **eigene Bäckerei** um ihre Lebenshaltungskosten zu senken.

1769: **Weber** aus Fenwick in Schottland betreiben einen **gemeinsamen Wareneinkauf** für ihre Familien.

1777 bis 1800: Zwei schottische und eine englische **Lebensmittel-Assoziation** betreiben je einen **Laden**.

1812: In Lennoxton in Schottland gründet die *Friendly Victualling Society* die weltweit erste Genossenschaft mit einem **Rückvergütungssystem**, die **153 Jahre** existierte, bis sie 1965 mit einer Nachbargenossenschaft verschmolzen wurde.

1799 bis 1825: Robert **Owen** gründet in New Lanark, Schottland, zahlreiche kleine Arbeits- und Lebensgemeinschaften. Nach dem Verkauf zerfällt New Lanark.

1827: William **King** und William **Bryan** gründen im südenglischen Badeort Brighton die Co-operative Trading Association, die erste **konsumgenossenschaftliche Bewegung mit etwa 300 Genossenschaften**. Sie gaben die erste **Genossenschaftszeitung** den „**Co-operator**“ heraus. In den 1830er Jahren zerfiel die Bewegung wieder, weil sie den Genossen weder niedrigere Preise noch Rückvergütung anbot.

1832: **Weber** gründen in **Rochdale** auf der Basis von Kings Ideen die Rochdale Friendly Co-operative Society und eröffnen einen **Genossenschaftsladen**, der jedoch nach 2 Jahren wieder geschlossen werden musste. Sie hatten ihrer Kundschaft Kredit gewährt und dann selbst kein Geld mehr um Waren einzukaufen.

4.2. Rochdaler Pioniere

1844 wurde von 28 Webern, den *Redlichen Pionieren von Rochdale* (*Rochdale Society of Equitable Pioneers*), auf der Basis der Erkenntnisse aus ihren eigenen und ihrer Vorgänger Versuche mit einem gegenüber 1832 überarbeiteten Konzept ein neuer **Laden** eröffnet. In den ersten Jahren des Bestehens arbeiteten die Genossen ehrenamtlich. Erst als die Mitgliederzahl 600 überstieg (1848) wurden die **ersten Angestellten** entlohnt. 1849 wurde ein **Buch- und Zeitungsladen** eingerichtet, 1850 eine **Schule für Kinder** und 1855 eine **Schule für Erwachsene**. 1850 erwarb man Anteile an einer **Kornmühle**. Damit wurde die bisher eigenständige Produktivgenossenschaft zum **Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft**. Eine **Baumwollspinnerei und -weberei**, eine **Schlachtere**i etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu. Die Arbeiter, die sich mit verfälschten Produkten ernährt und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlten selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh. 1860 wurde auch eine **Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle** eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten selbstbestimmt verwaltet werden. Die Rochdaler Pioniere beschlossen deshalb die **Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben** und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens. 1865 waren es 6000 Mitglieder, die Rücklagen betragen 1,5 Mio Thaler. *The Rochdale Society of Equitable Pioneers* existierte unabhängig bis 1991, dann erfolgte der Zusammenschluss mit den in Rochdale ansässigen *United Co-operatives* und 2007 mit *The Co-operative Group* in Manchester.

Rochdale war Vorbild für alle weiteren Gründungen von Konsumvereinen und Genossenschaften, die sich weltweit ausbreiteten und heute insgesamt 800 Millionen Mitglieder haben. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens).

4.3. Entfaltung der Genossenschaften in Deutschland

- 1845: Erste Gründungen von Konsumvereinen in Sachsen
- 1867: Verabschiedung des ersten Genossenschaftsgesetzes
- 1892: Die SPD untersagt ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Konsumgenossenschaften und auferlegt ihnen, Gründungen entgegenzutreten
- 1894: Gründung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG) in Hamburg
- 1902: **Ausschluss der Konsumgenossenschaften aus dem Allgemeinen Verband von Schulze-Delitzsch durch die Produktivgenossenschaften**
- 1903: Deshalb Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK)
- 1905: a) Genossenschaften haben 1 Million Mitglieder
b) Gewerkschaften fordern erstmals auf, Genossenschaften zu unterstützen
- 1910: a) Auf dem Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen wird weltweit aufgefordert, Konsumgenossenschaften beizutreten und weitere zu gründen.
b) die SPD hebt das Verbot der Mitwirkung in Genossenschaften auf
- 1918-22: Beitrittswelle von etwa 1 Million Mitgliedern
- 1930: 3,5 Millionen Mitglieder, mit Familie etwa 10 Millionen versorgte Personen



„Frieda – wenn Deine Mutter ooch in's „Konsum“ kooft, wärste schon lange een kräftiges Kind - sag's ihr!“

LEO TOLSTOI

„Die Gründung und
Förderung von Konsum-
genossenschaften ist
die einzige soziale
Tätigkeit, die sich
einem moralischen
Menschen, der kein
Bedrucker seiner
Nächsten sein will,
in unserer Zeit ziemt.“

(Aus einem Briefe Leo Tolstois.)



Verbraucher macht euch wirtschaftlich frei!
Werdet Mitglied im
KONSUMVEREIN

VORWÄRTS

4.4. Die Konsumgenossenschaften und das Dritte Reich

Der reaktionäre Mittelstand forderte die sofortige Auflösung der Konsumgenossenschaften als "jüdisch-marxistischer Machenschaften", was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise auf mehreren Ebenen:

- Das 1933 bereits erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3%,
- es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,
- bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,
- Neugründungen wurden verboten,
- eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,
- Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt,
- die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache.)
- in Pressekampagnen wurde der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftlern persönliche Bereicherung vorgeworfen,
- 1934 Erlass des Kreditwesengesetzes
- Einlagen mussten ausbezahlt werden,
- das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,
- das **Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben** wurde in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

4.5. Das Ahlener Programm der CDU von 1947

Im als Ahlener Programm bezeichneten Parteiprogramm der CDU (Nordrhein-Westfalens) von 1947 heißt es:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Diese politische Richtung konnte sich wohl auch im Grundgesetz zum Teil noch Ausdruck verschaffen.

„Soziale Marktwirtschaft“

Ludwig Erhard hat im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes 1943/44 maßgeblich an der Formulierung eines Konzeptes zur Sanierung der Staatsfinanzen nach Kriegsende mitgewirkt. Dieses Konzept erhielt von Erhard, angeregt durch den SS-Einsatzgruppenführer Otto Ohlendorf, der noch 1951 wegen des Massenmordes an 90.000 Menschen im Osten erhängt wurde, statt des vorgesehenen Titels „Freie Marktwirtschaft“ den Titel „Soziale Marktwirtschaft“.

Der Erhard-Biograph und Historiker Volker Hentschel brachte Erhards Denkschrift auf die Formel: *»Ebenso nachdrücklich wie Erhard einer Verstaatlichung der Produktionsmittel widerriet, trat er für die Verstaatlichung der privaten Unternehmensschulden und für die öffentliche Finanzierung der privatwirtschaftlichen Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft ein. Der Staat solle zu den eigenen auch die kriegsbedingten Bankschulden der Industrie übernehmen und sie gemeinsam mit den eigenen Schulden konsolidieren. Denn die Industrie erfülle ja, sagt Erhard, im Krieg eine ihr vom Staat im Auftrag des Volkes zugewiesene Funktion«.*

Diese Gegenrichtung setzte sich in der ökonomischen Realität durch. Hier haben Erhard wohl seine neoliberalen Freunde und Berater aus den USA den Rücken gestärkt. Der Morgenthau-Plan wurde durch den Marshall-Plan abgelöst, aber auch das Ahlener Programm war leider vom Tisch.

Killerapplikation

„Es war ja nicht so, dass der Neoliberalismus wie eine Gehirnwäsche über die Gesellschaft kam. Er bediente sich im imaginativen Depot des bürgerlichen Denkens: . . .

Ludwig Erhard plus AIG plus Lehman plus bürgerliche Werte - das ist wahrhaft eine Killerapplikation gewesen.“

Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ
in FAZ.NET, 15.08.2011

Konsumgenossenschaften im Westen

Nach dem Dritten Reich hatten die Konsumgenossenschaften in der BRD mit vielen externen (aber natürlich auch internen) Problemen zu tun, die zum Teil auch mit dem „Wirtschaftswunder“ zusammenhingen:

- Weiterbestehen von Gesetzen des Dritten Reiches (Rabattgesetz (bis 2002) und Kreditwesengesetz)
- Neoliberalisierung des genossenschaftlichen Denkens und Handelns (etwa ab 1952)
- Einführen des Nichtmitgliedergeschäfts (Anbieterseite des kapitalistischen Marktes!)
- Aufnahme von Krediten (Kreditexpansion!)
- Erstarren der Konkurrenz durch amerikanische Supermärkte und amerikanisches Kapital
- Das steigende Lohnniveau machte die Mitgliedschaft in Genossenschaften überflüssig
- Für die - entsprechend dem steigenden Anspruchsniveau - stetig wachsende Produktpalette wurde die genossenschaftliche Entscheidungsstruktur zu schwerfällig

Konsumgenossenschaften im Osten

Die Behinderungen der Konsumgenossenschaften erstreckten sich in der DDR u.a. auf folgende Maßnahmen:

- 1949 wurde der "gesellschaftliche Einzelhandel" erstmals in den Volkswirtschaftsplan einbezogen.
- 1953 sollten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt, und damit quasi verstaatlicht.
- 1960 musste der genossenschaftliche Großhandel zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden,
- 1968 wurden Bäckereien (z.B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinaten angegliedert.
- Der Konsum Berlin musste wichtige Objekte wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung abgeben.
- Die Konsumgenossenschaften sollten durch die staatlichen Handelsorganisationen (HO) abgelöst werden.

Antikapitalistische Projekte der „68-er Apo“

An den Universitäten herrschte „unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ und auch gegen Eltern, Schule und Gesellschaft mussten wir 68er uns zur Wehr setzen. Wir planten eine antiautoritäre, partizipative Demokratie.

Schon 1967 befassten wir uns mit der Gründung der Kinderläden und der Kritischen Universität, im Gesundheitswesen betrieben wir mit den Soziologen der FU die sehr aktive „Babelsberger Straße“, eine Krankenhausarbeitsgruppe und als neues Medium für die Basis haben wir im Januar 1989 die wöchentlich erscheinende Agit 883 gegründet.

Nach dem sehr erfolgreichen Tunix-Kongress im Januar 1978 haben wir beschlossen, im Gesundheitswesen weiter aktiv zu sein und u.a. den Ärztekammerpräsidenten Prof. Heim, einen Altnazi, abzulösen.

Wir gründeten 1978 den Berliner Gesundheitsladen, der 1980 den Gesundheitstag mit 12.000 Teilnehmern in Berlin durchführte. Durch ihn wurde u.a. der Alternativmedizin zum Durchbruch verholfen, indem sich Kongressteilnehmer in ihren Kliniken für diese Medizin einsetzten oder eine eigene alternativmedizinische Praxis eröffneten.

Mehringhof

Ebenfalls 1978 wurde von einem „Sammelsurium verschiedener Initiativen aus der linksradikal-undogmatisch-alternativen Szene“ zwischen Tunix und Tuwat, dem auch ich angehörte, der Mehringhof gekauft, in dem auf 5000 m² Nutzfläche die Schule für Erwachsenenbildung, das Netzwerk Selbsthilfe, Stattbuch, Gesundheitsladen, der Verlag Ästhetik und Kommunikation, Mixed Media und das Kneipenkollektiv Spectrum etc. tätig wurden.

Der Mehringhof besteht noch immer als vielleicht größtes alternatives Zentrum in Deutschland, trotz unzähliger Razzien (auf der Suche nach Terroristen, Waffen und anderem) und all der Jahre und gesellschaftlichen Entwicklungen, die ins Land gegangen sind.

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Berlin e.V. (EVG)

Das **Ökodorf** hat in den 80er Jahren jedes Jahr parallel zur „Grünen Woche“ die „**Giftgrüne Woche**“ veranstaltet, an der auch ich mitwirkte. 1982 waren 3 Niedersächsische Ökobauern eingeladen worden, die in Berlin Abnehmer für ihre Öko-Produkte suchten.

Mit ihnen bauten wir ab 1982 eine der ersten EVGen in Deutschland auf. Wir weiteten den Vertrieb schrittweise aus und standen schließlich auf **13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden** von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg unseren 850 Mitgliedern fast flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat.

Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probeeinkäufe tätigen.

Weil wir für eine Professionalisierung des Unternehmens kein ausreichend qualifiziertes Personal finden konnten, stellten wir 1989, mit der Wende, den Betrieb ein.

Fazit: Die Initiative ging, nicht wie ehemals in Rochdale von den Verbrauchern, sondern von den Bauern, den Produzenten, aus, aber, und das wurde mit der EVG realisiert, Produzenten brauchen in erster Linie solidarische Abnehmer um nachhaltig und solidarisch produzieren zu können.

Strategien der Wirtschaftlichen Selbsthilfe diesseits von Markt und Staat

Vorschläge der Projektgruppe Wir-eG statt Ich-AG, bei attac-Berlin

Reader zum Workshop Perspektivenkongress 14.-16. Mai 2004, TU Berlin



Offene Universität Berlins (OUBS)

Die Offene Uni Berlins (OUBS) war eine Plattform für alternative Bildung, Kultur und Politik, die während des Studentenstreiks im Dezember 2003 gegründet wurde und sollte genutzt werden, um konkrete Alternativen zur Bildungspolitik aufzuzeigen, gegen die sich die Proteste richteten.

Die Offene Uni agierte 2003 zunächst in Räumen eines besetzten Seminargebäudes der Humboldt-Universität (HU) in der Dorotheenstr. Ab Sommer 2004 erfolgte eine Verlegung in ein Häuschen auf dem sehr abgelegenen Nordcampus der HU.

Während der Besetzungen kristallisierte sich bei den Initiierenden heraus, dass ihr Ziel nicht das Schließen der Universitäten war, sondern im Gegenteil ihre Öffnung, weil große Teile der Gesellschaft von Bildungseinrichtungen ausgeschlossen seien und ihnen ein alternatives Angebot zur Verfügung stehen sollte.

Die OUBS wollte durch den Gedankenaustausch mit Betroffenen politisch aufklären.

Am 06.10.2010 wurde die OUBS von der Polizei geräumt und verwüstet.

<http://deu.anarchopedia.org/OUBS>

Selbsthilfeverein der Geringverdienenden und langfristig Erwerbslosen Pankow e.V.

Um die persönliche Isolation zu durchbrechen, Versorgungsgemeinschaften aufzubauen, Qualifikationen zu erwerben, sich billiger mit Lebensmitteln zu versorgen etc. wurde 2003 von Geringverdienern und Hartz-IV-Empfängern, dieser Selbsthilfeverein initiiert.

Er fördert Personen, die von Einkommensarmut, geringem Verdienst und Erwerbslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Er betreibt u. a. Projekte zur gegenseitigen Hilfe und zum Austausch, zu sozialen Problemen sowie zu Kunst und Gesundheit.

Der Verein verfügt über einen Gemeinschaftsgarten, indem Lebensmittel produziert werden. Er beteiligt sich jährlich am Langen Tag der Stadtnatur und steht mit vielen gleichartig engagierten Projekten (z.B. KuBIZ, Kartoffelcafé) im Austausch.

www.das-leben-wagen.org

Transition Town Initiative (TTI)

Ausgehend von der Erfahrung, dass die nationale und internationale Politik nicht entsprechend auf die Herausforderungen des Klimawandels und des bevorstehenden globalen Ölfördermaximums (Peak Oil) reagiert, haben im Rahmen der Transition Town Bewegung (etwa „Stadt im Wandel“) seit 2006 Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden der Welt begonnen, den geplanten Übergang in eine postfossile, regionalisierte Wirtschaft vorzunehmen. Initiiert wurde die Bewegung u. a. von dem irischen Permakulturalisten Rob Hopkins. Die erste deutsche Initiative wurde in der Kreuziger Str. 19 in Berlin-Friedrichshain gegründet, aus der sich die Initiative SO36 im Weltraumladen in der Ratiborstr. 4 in Kreuzberg ausgegründet hat (die Kiezwandler). Sie hat damit begonnen, eine Versorgungsgemeinschaft aufzubauen.

Nichtkommerzielle Landwirtschaft (NKL)

Zunächst wurden Umsonstläden eingerichtet, die von Konsumenten auf Spendenbasis betrieben wurden. Auch der Karlshof, ein Bauernhof in Templin arbeitete nach diesem Prinzip. Aber solche Konzepte setzen zumindest mietfreie Räumlichkeiten bzw. pachtfreie Ländereien und ehrenamtliche Mitarbeiter voraus, die im neoliberalen Umfeld dauerhaft kaum zur Verfügung stehen.

Eine in diesem landwirtschaftlichen Umsonstprojekt Mitwirkende wunderte sich, dass auf der einen Seite die Produkte verschenkt werden, auf der anderen Seite aber mühsam versucht wird, Spenden einzutreiben.

Diese Spenden erlauben den Mitwirkenden nur ein recht prekäres Dasein. Statt der auf dem Karlshof mindestens benötigten monatlichen 1000 € kamen Spenden von insgesamt nur etwa 550 € zusammen.

Grenzen des Konzeptes zeigten sich u.a. auch, als man wegen der häufig wechselnden Personen auf dem Hof festgestellt hat, dass die Entscheidungsstruktur nicht ausreichend festgelegt ist.

Die Umsonstökonomie funktioniert möglicherweise nur mit langlebigen Produkten, die nicht „verbraucht“ werden.

Wegen tiefgreifender persönlicher und inhaltlicher Konflikte sah das Kollektiv das Projekt Lokomotive Karlshof als gescheitert an.

Der Kartoffelanbau wird seitdem von Mitgliedern des Berliner Kartoffelcafés, der Abnehmer und Förderrunde des Karlshofs, ersatzweise weitergeführt

Das Allmende-Kontor

„In Berlin gibt es inzwischen über 60 Gemeinschaftsgärten. Sie stellen und beantworten zentrale Fragen der Stadtgesellschaft: zu sozialer, kultureller und biologischer Vielfalt, Partizipation, Stadtökologie, Versorgung und Konsum, Bildung und Gesundheit. Für alle bestehenden und neuen Initiativen, für InteressentInnen und Akteure des gemeinschaftlichen Gärtnerns und der urbanen Landwirtschaft in Berlin, will das Allmende-Kontor eine Anlauf und Vernetzungstelle, Wissensspeicher, Lernort und ein Garten für alle sein. Seit April 2011 gedeiht der Garten zunächst als Zwischennutzung auf dem Tempelhofer Feld auf einer Fläche von 5000 m² mit über 300 Hochbeeten und 700 GärtnerInnen . Öffentlicher städtischer Freiraum wird hier durch gemeinschaftliche, kooperative Nutzung und Gestaltung als Allmende [Gemeinschaftsgut] ins Bewusstsein gebracht, erleb- und gestaltbar gemacht.“

Kerstin Stelmacher, 2012

Gemeinschaftsgärten und urbane Landwirtschaft in Berlin

Allmende-Kontor



RÜBEZAHL GARTEN

SCHILLERKIEZ GARTEN

ALLMENDE-KONTOR GARTEN

ZWISCHEN WEIßEN
BODENMARKIERUNGEN
NICHT ÜBERBAUEN !!!

SICHTSCHNEISE

WEG

WASSERTANK
UMWACHSEN

KOMPOST

ART OFFELN

FREIFLÄCHE

PINKES ALLMENDE
ZWERGENHEIM

BERLINER-GÄRTEN-STADTPLAN-BEET (geplant)

GENERATIONEN-GÄRTEN
GETREIDE UND BLUMEN

FREIFLÄCHE

LEARNORT
NATUR

WEG

HOLZ
ERDE
PAPPE
BAUM-
SCHNITT

- GEMEINSCHAFTSSACHEN
- GEPLANTE GEMEINSCHAFTSS.
- GEMEINSCHAFTSFLÄCHEN
- GEMEINSCHAFTSBEETE
- GEPLANT GEMEINSCHAFTSB.
- INSELGRUPPEN
- BEETINSELN





VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG

Diese Verbrauchergemeinschaft wurde 1994 in Dresden als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden vier Läden. Der Verkauf erfolgt grundsätzlich nur an Mitglieder. Die Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.) erfolgt dabei über monatliche Mitgliederaufwendungen (Beiträge), weniger über Warenaufschläge. Dadurch wird ein weitgehend umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich. Die VG hat jetzt über 6.500 Mitglieder.

Das Anliegen der VG ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus der Region. Insgesamt wird sie von ca. 30 landwirtschaftlichen Betrieben der Region direkt beliefert.

Es gibt in den Läden ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Es dient zur Orientierung in den Läden und zur Stärkung der Grundgedanken der VG: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie der Verbraucheraufklärung.

Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkostgroßhändlern bzw. Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. Alle Produkte im Lebensmittelbereich, auch die nicht besonders gekennzeichneten, stammen aus ökologischer Produktion. Die Genossenschaft legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

Weitere Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften

- Verbrauchergemeinschaft Ringelblume e.V. in Radebeul
- "Bio-Ecke" Verbrauchergemeinschaft für ökologisch erzeugte Produkte Meißen e.V. in Meißen
- Löwenzahn Verbrauchergemeinschaft Freital in Freital
- Verbrauchergemeinschaft "Das Rübchen" e.V. in Pirna
- Querbeet e.V. in Kamenz
- Ökologischer Arbeitskreis Hoyerswerda e.V. in Hoyerswerda
- Verbrauchergemeinschaft in Jena (im Aufbau)

Verbrauchergemeinschaften stellen im wesentlichen eine Neuauflage der ursprünglichen Konsumgenossenschaften dar.

Berliner „CSA“-Projekte

- Versorgergemeinschaft Löwengarten
- Gemüse-Versorger-Gemeinschaft Solidarische Wilde Gärtnerei
- Mühlengarten Selbstversorgung
- Bienenwerder
- Siebengiebelhof
- Hof Schwalbennest
- Melchhof bei Eberswalde
- Alte Mühle Gömnik
- Luch-Gärtnerei

In vielen Berliner Bezirken und Kiezen werden zur Zeit spezielle Verteilerstellen eingerichtet, die in ihrer Gruppe die Verteilung der Produkte jeweils eines „CSA“-Hofes übernehmen. Ob sich daraus ein geschlossenes Vertriebsnetz aufbauen läßt, wird sich zeigen.

Während die VG's nur den Vertrieb der Lebensmittel organisieren und finanzieren, finanzieren die CSA-Projekte die Produktion und organisieren den Vertrieb ehrenamtlich.

Dorfläden und Dorfladennetzwerk in Deutschland

In bereits rund 200 Ortschaften in Deutschland gibt es Dorfprojekte, die schon in den ersten zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben.

Über das Angebot von Milch und Käse hinaus helfen Jugendliche Senioren im Umgang mit dem Internet. Müttern dient das Ladenlokal als Treffpunkt. Schulkinder erhalten warmes Mittagessen.

Es entstehen Dorfgemeinschaftshäuser mit Einkaufs-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten.

Vorteile eines Dorfladens:

Arbeit und Geld bleiben in der Region

Produkte aus der Heimat

Einzigartigkeit der Produktpalette

gesunde und bewußte Ernährung

Verantwortung gegenüber der Natur

Qualität

kürzere Fahrwege

höhere Wertschätzung der Erzeuger

Steigerung der Attraktivität und Existenzsicherung des Ortes

Kommunikation

Vermittlung von Kenntnissen

Dorfbewegungen in Europa

Die Bürger von eingemeindeten Dörfern ärgern sich, dass die ihre Ortschaft betreffenden Entscheidungen nicht mehr von ihnen selbst getroffen werden können, sondern nur noch von außen, von der übergeordneten Gemeinde, kommen.

Deshalb haben sich in Finnland und Schweden (1970), Dänemark (1976), Norwegen (1977), Holland (1979), England (1980), Schottland (1982), Wales und Irland (1990), Estnien (1992), Portugal (1993), Ungarn (1998), Slowakei (2000), Island (2001), Polen und Litauen (2002) Slowenien (2003) und Lettland (2004) Dorfbewegungen u.a. in Vereinen mit bis zu 4000 Dörfern zusammengefunden.

„Eine Dorfaktions-Bewegung ist eine leise Revolution. Sie will Akteure des jeweiligen Dorfes motivieren und befähigen, ihre Zukunft selbst zu gestalten – indem sie eigene Dorfentwicklungspläne ausarbeiten, lokale Aktionen zu deren Realisierung organisieren und partnerschaftliche Beziehungen zu den Örtlichen Behörden aufbauen.“ (Vanessa Halhead, 2004)

Neustart Schweiz

Neustart Schweiz hat mit dem Aufbau von vielfältigen Nachbarschaften und **Nachbarschaftszentren** begonnen, die als selbständige wirtschaftliche und soziale Organismen die wichtigsten Bedürfnisse des Alltags abdecken (Begegnung, Versorgung, Dienstleistung, Freizeitgestaltung). Das ökologische und soziale Potenzial solcher Nachbarschaften mit 500 bis 1000 BewohnerInnen ist erheblich.

Auf der Landseite werden komplementär **Agrozentren** eingerichtet, in denen die Bauern ihre Produkte zusammentragen, aufbereiten, abpacken und gemeinsam in die urbanen Nachbarschaftszentren transportieren können. Das Agrozentrum entwickelt sich ebenfalls zum sozialen und kulturellen Zentrum. Erste Erfahrungen mit diesen Zentren sind sehr positiv.

Neustart Schweiz schreibt dazu: „**Nachbarschaften und Bauernhöfe sind heute zwei »lose Enden« unseres Systems, die beide unbefriedigend funktionieren.** Bäuerinnen und Bauern möchten gerne für Verbrauchende produzieren, die sie kennen und von denen sie endlich Anerkennung für ihre Arbeit bekommen. Sie möchten von ihrer Arbeit und nicht von Direktzahlungen leben. Die Konsumentinnen und Konsumenten möchten wissen, woher ihre Nahrungsmittel kommen und sie möchten von den niedrigeren Preisen profitieren, die bei saisonal und lokal erzeugten Produkten ohne Zwischenhandel möglich würden - auch ohne Subventionen.“

Kommunale Räte in Venezuela

Im Jahre 2006 wurde das Gesetz über Kommunale Räte verabschiedet und löste eine explosionsartige Gründungswelle dieser Räte (consejos comunales) aus. Entscheidungsorgan dieser Räte sind die Nachbarschaftsversammlungen. Alle BewohnerInnen ab dem 15 Lebensjahr wählen SprecherInnen für verschiedene Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur, die die Arbeit der Kommunalen Räte unterstützen. Mehrere kommunale Räte können sich zu einer Comuna und mehrere Comunas und Räte schließlich zu einer Kommunalen Stadt zusammenschließen. Ihre Zahl beträgt aktuell etwa 50.000. Sie bestehen in städtischen Gebieten aus etwa 200 bis 400, in ländlichen Gebieten aus 20 und in indigenen Gemeinden aus 10 Familien. Finanziert werden die Räte durch den Staat und seine Institutionen.

Die kommunalen Räte sollen bevorzugt die in Venezuela bereits bestehenden etwa 200.000 Kooperativen mit Aufträgen versehen, ja sie können sogar selbst Kooperativen gründen. Die Kooperativen haben damit eine beachtliche Zahl von Auftraggebern erhalten, die ihre Situation und die der gesamten Gesellschaft grundlegend stabilisieren können. Über sie werden die Verbraucherinteressen direkt in die Produktion eingebracht.

Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosesola)

1967 als Transportunternehmen mit letztlich 127 Bussen gegründet.
1979 Konkurs, führt zur Umstrukturierung der Organisationsgrundsätze.

Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 2.000 Menschen mit 40.000 aktive Cooperatistas und über 140.000 assoziierte Mitglieder zusammen, ohne dass ein Vorstand oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.

Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km um die Millionenstadt Barquisimeto. Wöchentlich werden rund 50.000 Familien mit rund 450t Obst und Gemüse versorgt. Ein eigenes Gesundheitszentrum versorgt monatlich 10.000 Menschen.

2009 wurde ein mit eigenen Mitteln (780.000 Dollar) errichtetes Krankenhaus eröffnet.

Fairnopoly

Im Kern ist Fairnopoly ein Online-Marktplatz: Man kann hier neue und gebrauchte Dinge kaufen und verkaufen. Darüber hinaus zeichnet sich Fairnopoly durch drei Kernelemente aus:

- Ein Faires Unternehmensmodell
 - Von anderen Online-Marktplätzen grenzen wir uns dabei bewusst durch folgende Eigenschaften ab:
 - Genossenschaft 2.0
 - Konsequente Transparenz
 - Fairness nach Innen und Außen
- Die Förderung von verantwortungsvollem Konsum
 - Fair gehandelte Ware
 - Gebrauchte Artikel
 - Informationen zu verantwortungsvollem Konsum
- Ein Beitrag zur Korruptionsbekämpfung
 - 1% für eine fairere Welt
 - Spendenfunktion für transparente Organisationen
 - Modellfunktion

3.7.1. Sozioökologischer Verbrauchsindex I

Produkte einer solidarischen Ökonomie sollten aus Unternehmen stammen, die nachfolgende Kriterien erfüllen:

1. Soziale Kriterien:

- Keine Menschenrechtsverletzungen (Zwangsarbeit, Gefangenearbeit)
- Keine Kinderarbeit
- Faire und verbindliche Arbeitsverträge
- Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
- Keine Diskriminierung des Geschlechts, des Alters, der ethnischen Abstammung, der Nationalität, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der politischen Meinung, der religiösen und sozialen Herkunft.
- Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
- Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele
- Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und Verhandlung gefördert werden.
- Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden.
- Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.
- Keine Produkte aus widerrechtlichem Großgrundbesitz

3.7.2. Sozioökologischer Verbrauchsindex II

2. Nachhaltigkeitskriterien:

- Regional erzeugt
- Gentechnikfrei
- Mit dem CO2-Label gekennzeichnet
- Sparsame Verpackung, keine Mogelpackungen
- Produktinformation statt Werbung
- Optimierung der Energiesparmaßnahmen
- Nicht per Luftfracht transportiert
- Entsorgungsbedingungen

3. Ökonomische Kriterien:

- selbst- oder fremdfinanziert? (Eigenkapitalanteil)
- kein leistungsloses Kapitaleinkommen
(keine Betätigung auf den Finanzmärkten)
- Hohe Haltbarkeit der Produkte
- Reparierbarkeit

Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die Überwachung der Einhaltung dieser Kriterien. Diese immense Aufgabe kann nur mit Hilfe der jeweiligen Verbraucher vor Ort geleistet werden. Eine entsprechende Datenbank müsste aufgebaut werden.



GEMEINWOHL-MATRIX 4.1

Diese Version gilt für alle Bilanzen, die ab dem 15. März 2013 für das zurückliegende Bilanzjahr eingereicht werden.

WERT BERÜHRUNGSGRUPPE	Menschenwürde	Solidarität	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Gerechtigkeit	Demokratische Mitbestimmung & Transparenz
A) LieferantInnen	A1: Ethisches Beschaffungsmanagement Aktive Auseinandersetzung mit den Risiken zugekaufter Produkte / Dienstleistungen, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl von LieferantInnen und DienstleistungnehmerInnen				90
B) GeldgeberInnen	B1: Ethisches Finanzmanagement Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl der Finanzdienstleistungen; gemeinwohlorienterte Veranlagung und Finanzierung				30
C) MitarbeiterInnen inklusive EigentümerInnen	C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung mitarbeiterorientierte Organisationskultur und -strukturen, Faire Beschäftigungs- und Entgeltpolitik, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung einschließlich Work-Life-Balance/ flexible Arbeitszeiten, Gleichstellung und Diversität 90	C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit Abbau von Überstunden, Verzicht auf All-inclusive-Verträge, Reduktion der Regelarbeitszeit, Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit 50	C3: Förderung ökologischen Verhaltens der MitarbeiterInnen Aktive Förderung eines nachhaltigen Lebensstils der MitarbeiterInnen (Mobilität, Ernährung), Weiterbildung und Bewusstsein schaffende Maßnahmen, nachhaltige Organisationskultur 30	C4: Gerechte Verteilung des Einkommens Geringe innerbetriebliche Einkommensspreizung (netto), Einhaltung von Mindesteinkommen und Höchsteinkommen 60	C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz Umfassende innerbetriebliche Transparenz, Wahl der Führungskräfte durch die Mitarbeiter, konsensuale Mitbestimmung bei Grundsatz- und Rahmenentscheidungen, Übergabe Eigentum an MitarbeiterInnen. Z.B. Soziokratie 90
D) KundInnen / Produkte / Dienstleistungen / Mitunternehmen	D1: Ethische Kundenbeziehung Ethischer Umgang mit KundInnen, KundInnenorientierung/ -mitbestimmung, gemeinsame Produktentwicklung, hohe Servicequalität, hohe Produkttransparenz 50	D2: Solidarität mit Mitunternehmen Weitergabe von Information, Know-how, Arbeitskräften, Aufträgen, zinsfreien Krediten; Beteiligung an kooperativem Marketing und kooperativer Krisenbewältigung 70	D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen Angebot ökologisch höherwertiger Produkte/Dienstleistungen; Bewusstsein schaffende Maßnahmen; Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der KundInnenwahl 90	D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen Informationen/Produkten/Dienstleistungen für benachteiligte KundInnen-Gruppen. Unterstützung förderungswürdiger Marktstrukturen. 30	D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards Vorbildwirkung, Entwicklung von höheren Standards mit MitbewerberInnen, Lobbying 30
E) Gesellschaftliches Umfeld: Region, Souverän, zukünftige Generationen, Zivilgesellschaft, Mitmenschen und Natur	E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte/Dienstleistungen P/DL decken den Grundbedarf oder dienen der Entwicklung der Menschen /der Gemeinschaft/der Erde und generieren positiven Nutzen. 90	E2: Beitrag zum Gemeinwesen Gegenseitige Unterstützung und Kooperation durch Finanzmittel, Dienstleistungen, Produkte, Logistik, Zeit, Know-How, Wissen, Kontakte, Einfluss 40	E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen Reduktion der Umweltauswirkungen auf ein zukunftsfähiges Niveau: Ressourcen, Energie & Klima, Emissionen, Abfälle etc. 70	E4: Gemeinwohlorientierte Gewinnverteilung Sinkende/ keine Gewinnausschüttung an Externe, Ausschüttung an Mitarbeiter, Stärkung des Eigenkapitals, sozial-ökologische Investitionen 60	E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung Gemeinwohl- oder Nachhaltigkeitsbericht, Mitbestimmung von regionalen und zivilgesellschaftlichen Berührungsgruppen 30
Negativ-Kriterien	Verletzung der ILO-Arbeitsnormen/ Menschenrechte -200 Menschenunwürdige Produkte, z.B. Tretminen, Atomstrom, GMO -200 Beschaffung bei / Kooperation mit Unternehmen, welche die Menschenwürde verletzen -150	Feindliche Übernahme -200 Sperrpatente -100 Dumpingpreise -200	Illegitime Umweltbelastungen -200 Verstöße gegen Umweltauflagen -200 Geplante Obsoleszenz (kurze Lebensdauer der Produkte) -100	Arbeitsrechtliches Fehlverhalten seitens des Unternehmens -200 Arbeitsplatzabbau oder Standortverlagerung bei Gewinn -150 Umgehung der Steuerpflicht -200 Keine unangemessene Verzinsung für nicht mitarbeitende Gesellschafter -200	Nichtoffenlegung aller Beteiligungen und Töchter -100 Verhinderung eines Betriebsrats -150 Nichtoffenlegung aller Finanzflüsse an Lobbies / Eintragung in das EU-Lobbyregister -200 Exzessive Einkommensspreizung -100

Detaillierte Beschreibung zu den Indikatoren finden sich im Handbuch zur Gemeinwohlabilanz auf www.gemeinwohl-oekonomie.org und im Redaktionswiki unter <https://wiki.gwoe.net/display/Redaktion/Home>. Rückmeldungen an die jeweiligen Redakteure sind sehr erwünscht.

Anmerkungen zur Gemeinwohloökonomie

- Man muss sie sich leisten können
- Bleibt Angebots- statt Nachfrageökonomie
- Keine Ächtung der Bedarfsweckung
- Keine Ächtung des Kapitalertrages
- Verbraucher braucht eigentlich produktbezogene Informationen

Anmerkungen zur Postwachstumsökonomie

- Nichtberücksichtigung des Wachstums der Menschheit (Grundeinkommen!)
- Keine Problematisierung der Bedarfsweckung
- Nichteinbeziehung der ehrenamtlichen Arbeit
- Keine Problematisierung der Angebotsökonomie

Solidarische (Reproduktions-)Ökonomie als Facette des Commoning

Wolfgang Fabricius
www.reproduktionsökonomie.de

SOAK-2013 Hamburg
Hamburg, den 24.-28. Juli 2013